

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1933

7.2.1933 (No. 38)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.50 RM. Frei ins Haus, 2.30 RM. bei der Geschäftsstelle abgeholt. 1.30 RM. durch die Post (einschließlich 25 Pfg. Verbandsbeiträge) zugesagt. 25 Pfg. Nachzahlung. Einzelnummer 10 Pfg., Samstag und Sonntag 15 Pfg. Abbestellungen um 10 bis 20 auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewinne besteht kein Anspruch auf Erhöhung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei / 71. Jahrgang
Erscheinungstag: Jeden Montag als Morgenzeitung
Verleger: Rupp und Witten, Die Frau von dem, Unterhaltungsbüro (Hilflos für den Familienrat). Die Zeitschrift des badischen Volk, Sportbeilage: „Jugend und Volk“, herausgegeben von der Bad. Nationalen Zeitungs-Verlagsanstalt, / Geschäftsstelle: Redaktion und Verlag: Ruppstraße, Steinstr. 17-21, Fernsprecher: Geschäftsstelle 6236, Redaktion 6236, Verlag 6237. Druckerei: Ruppstraße, Postfach 4844. Für unentgeltliche Manuskripte ohne Rückporto und genaue Abberangabe auf dem Manuskript wird keinerlei Gewähr übernommen.

Kapazität: Die 106spaltige 27 mm breite 114mm hohe im Hochformat 10 Pfg., mindestens 12 Pfg. für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg., die 27 mm breite 114mm hohe im Hochformat 6 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Postanweisung 10 Pfg. Rabatt. Eintrag über Kontenführung, Abrechnung, Abrechnung über Konten kommt der Abart in Bezug auf die Kapazität 5 Pfg. — Erfüllungsort und Gerichtsstand: Ruppstraße.

Nr. 38

Dienstag, den 7. Februar

1933

Notverordnung des Reichspräsidenten

Braun-Severing abgesetzt

Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 der Reichsverfassung folgendes verordnet:

1. Durch das Verhalten des Landes Preußen gegenüber dem Urteil des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 ist eine Verwirrung im Staatsleben eingetreten, die das Staatswohl gefährdet. Ich übertrage deshalb bis auf weiteres dem Reichskommissar für das Land Preußen und seinen Beauftragten die Befugnisse, die nach dem erwähnten Urteil dem preussischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern zustehen.
 2. Mit der Durchführung dieser Verordnung beauftrage ich den Reichskommissar für das Land Preußen.
 3. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.
- Berlin, den 6. Februar 1933.
Der Reichspräsident: gez. von Hindenburg.
Für den Reichspräsidenten: gez. von Papen, Stellvertreter des Reichspräsidenten.

Die amtliche Begründung

In der Begründung wird auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofes hingewiesen, in der es u. a. heißt:
„Soweit die Landesregierung in dem ihr verbleibenden Bereiche die Geschäfte in einer Art führen sollte, in der eine Pflichtverletzung gegenüber dem Reich zu erblicken ist, würde der Reichspräsident auf Grund von Art. 48 Abs. 1 weitergehende Eingriffe in die Rechte des Landes vornehmen können. Im übrigen siehe es bei dem preussischen Landtag, zu versuchen, ob durch Bildung einer neuen preussischen Landesregierung dem jetzigen Zustande ein Ende bereitet werden könne.“
Im Anschluß hieran wird in der Begründung zur Verordnung ausgeführt, daß der gegenwärtige provisorische Zustand unerträglich und mit dem Wohl des Staates unvereinbar sei. In den Handlungen des Landtages und des Ministerpräsidenten, die tatsächlich bewirkten, daß dieser Zustand aufrechterhalten bleibe, liege die Pflichtverletzung des Landes, auf der die gegenwärtige Notverordnung beruhe.
Die Entwicklung der Regierungsverhältnisse in Preußen hat den Herrn Reichspräsidenten nach einmal veranlaßt, einzugreifen. Eine Möglichkeit, auf der Grundlage des Urteils des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich vom 25. Okt. 1932 zu geordneten Verhältnissen zu kommen, hat sich nicht ergeben. Vielmehr sind aus dem Nebeneinander zweier Regierungen in Preußen so unerträgliche Verhältnisse entstanden, daß ihre Beseitigung zur Wiederherstellung der Staatsautorität unbedingt geboten ist.
Es hat sich klar gezeigt, daß kein Land zwei Regierungen haben, kein Beamter zweien Herren dienen kann. Die gegenwärtige Lage Deutschlands erfordert es gebieterisch, daß im Reich und im größten deutschen Lande eine einheitliche politische Willensbildung erreicht wird. Auch die heute mehr denn je notwendige Sparsamkeit bei der Verwendung öffentlicher Mittel läßt die Aufrechterhaltung zweier Regierungen nicht mehr zu.

Braun ruft Staatsgerichtshof an

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen in Preußen ist die Meldung der „Nachtausgabe“ von Interesse, daß Reichspräsident Dr. Brüning gestern in Berlin gewesen ist und dem Reichskommissar sowie der Reichsregierung seinen Antrittsbesuch gemacht habe. Das Blatt sagt, es ist anzunehmen, daß bei dieser Gelegenheit auch Besprechungen über die mit Preußen zusammenhängenden Fragen stattgefunden haben.

Das „Tempo“ berichtet außerdem, daß Ministerpräsident Otto Braun die bisherige preussische Hoheitsregierung zu einer sofortigen Sitzung einberufen hat. In dieser soll zu der neuen Verordnung des Reichspräsidenten Stellung genommen werden. Man beabsichtigt, so sagt das Blatt, erneut den Staatsgerichtshof anzugreifen, da man die neue Verordnung für unvereinbar mit dem Urteil des Staatsgerichtshofes und in Widerspruch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung über das Verhältnis von Reich zu Ländern halte.

Auflösung des preussischen Landtages vom Dreierausschuß beschlossen

Der Dreimänner-Ausschuß hat am Montagabend nach zweistündiger Sitzung in der durch die Verordnung des Reichspräsidenten gegebenen neuen Zusammensetzung mit den Stimmen des Reichskommissars v. Papen und des Landtagspräsidenten Kersch die Auflösung des preussischen Landtages zum 4. März beschlossen. Der Präsident des Staats-

rates, Dr. Adenauer, beteiligte sich an der Abstimmung nicht mit der Begründung, daß er die Verordnung des Reichspräsidenten für verfassungswidrig halte.

Auflösung des hessischen Landtages abgelehnt

In einer nur einstündigen Sitzung befähigte sich heute der hessische Landtag mit dem nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Landtages und Neuwahlen. Für die Auflösung stimmten die Nationalsozialisten, das Landvolk und die DVP. Die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.

Im Pressepiegel

Die Notverordnung wird bisher nur teilweise kommentiert. Im wesentlichen kommt der Standpunkt der Zeitungen eigentlich nur in den Ueberschriften zum Ausdruck.
Die „D. A. Z.“ spricht von der „Beseitigung der unhaltbaren Doppelherrschaft in Preußen“. Es handle sich nicht um ein Eingreifen des Reiches gegen eine geschäftsführende Landesregierung, sondern um die Beseitigung der unmöglichen Lage, daß das größte deutsche Land zwei Regierungen besitzen habe.
Die „Deutsche Zeitung“ bewertet beide Notverordnungen als „Aufraumungsarbeiten“, die dem Kabinett der nationalen Erhebung den Weg freimachen sollen für die Bewältigung der ungeheuren Aufgaben, die vor ihr liegen.
Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht die Ueberschrift: „Regierung Otto Braun fallgelassen“.
Die „Börsezeitung“ bezeichnet Braun-Severing als „endgültig abgesetzt“.
Das „Berliner Tageblatt“ ist der Ansicht, daß der Weg, der mit der neuen Verordnung über die Abhebung der Regierung Braun bedritten werde, gefährliche Konsequenzen für die Rechtschaffenheit und das Verhältnis zwischen der Reichsgewalt und den Ländern eröffne.
Die „Vossische Zeitung“ spricht von „einer neuen Exekution gegen Preußen“ und sagt: „Was schon die erste Reichsregierung gegen Preußen ein bedenkliches, kaum zu rechtfertigendes Eingreifen in das Hoheitsrecht des größten deutschen Freistaates, dann gilt das in noch höherem Maße von der zweiten, die nur heranläßt worden ist durch den Willen der herrschenden Parteien, in Preußen Neuwahlen zu erzwingen.“
Das „Aktuhabendblatt“ bringt die Schlagzeile: „Hindenburg hebt Leipziger Urteil auf.“ — Staatsregierung ausgeschaltet!

Der neue Akt

Die beiden Notverordnungen über die Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit und über die Uebertragung der Geschäfte der preussischen Regierung Braun an Herrn von Papen und die ihm zugeteilten Kommissare, haben in der Öffentlichkeit nicht mehr übersehen, weil man schon am Montag vormittag wußte, daß die Regierung die Absicht hatte, in Preußen noch einen Schritt weiter zu gehen und die preussische Hoheitsregierung sozusagen abzusetzen. Damit ist der entscheidende Schlag gegen das Land Preußen geführt. Was man mit ihm erreichen wollte, zeigt die Tatsache, daß kurz nachdem Herr von Papen auf Grund seines neuen Amtes in dem Dreimänner-Kollegium an Stelle des preussischen Ministerpräsidenten Braun erdient, der preussische Landtag mit seiner Stimme und der des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerz aufgelöst wurde. Diese Absicht muß man der Rechtsbegründung gegenüberstellen, die der Notverordnung zur Wiederherstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen beigegeben worden ist. Die ganze Welt wird mit Recht die Frage aufwerfen, wo und wann sich die preussische Hoheitsregierung einer Pflichtverletzung schuldig gemacht habe, von der in der Begründung die Rede ist.

Vizekanzler von Papen hat heute, merkwürdigerweise durch die preussische Pressestelle, zu seiner Beipredung mit dem Führer der Bayerischen Volkspartei am Sonntag, Staatsrat Schäffer, eine Darstellung veröffentlicht lassen, die ganz offensichtlich dazu bestimmt sein soll, einen beruhigenden Eindruck hervorzurufen und die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß der Vizekanzler und die Reichsregierung durchaus föderalistisch eingestellt und gesonnen seien, die Rechte der Länder zu respektieren. Als heute in Berlin Gerüchte verbreitet wurden, wonach die Reichsregierung die Absicht habe, in Baden und in Hessen Staatskommissare mit dem Auftrag einzusetzen, die Parlamente dieser Länder aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen, wurde von den zuständigen Stellen ebenfalls sofort festgestellt, daß daran nicht gedacht sei. Das, was heute in Preußen geschehen ist, macht es aber — um mit Rücksicht auf die neueste Presseverordnung, mit der Zeitungen unter Umständen wirtschaftlich völlig ruiniert werden können, um nicht mehr zu jagen — schwer zu glauben, die Regierung werde den Ländern gegenüber auf keinen Fall dasselbe tun, was sie mit Preußen vorgenommen hat. Man weiß ja zur Genüge, daß in den Auffassungen des Reichskabinetts gerade über grundsätzliche wirtschaftliche, sowohl wie politische Fragen eine Homogenität nicht vorhanden ist. Es kann aber niemand voraussetzen, in welche Situation unter Umständen die Regierung noch kommen wird. Jedenfalls ist größte Vorsicht am Platze und man hat Grund zu der Annahme, daß durch die Besprechungen des Herrn von Papen mit Staatsrat Schäffer sämtliche Beforgnisse Bayerns und der süddeutschen Länder durchaus nicht beseitigt worden sind.
Wenn in der Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang

Der Kronprinz und Hitler

Die Berichte aus Doorn nehmen in der holländischen Presse in der letzten Zeit wieder einen breiten Raum ein. Besonders die sozialistische Presse bringt Sensationen, die sich auf den Kronprinzen beziehen. Er soll ein Telegramm von fast 1000 Worten an Reichskanzler Hitler geschickt haben, während Hitler mit etwa dem dritten Teil dieser Worte geantwortet habe. Im Höslingkreis von Doorn herrsche die feste Ueberzeugung, daß die neue Regierung in Berlin dem früheren Kaiser den Weg zur Rückkehr in seine Heimat auf dem Wege von Verhandlungen freimachen werde. Im „Handelsblatt“ wird bemerkt, daß seit mehreren Tagen im Schloß Doorn auch nachts die Lichter nicht mehr ausgehen und daß sich die Konferenzen oft bis zum Morgengrauen fortsetzen.

Spionagefall im österreichischen Heer

Die „Wiener Sonn- und Montagszeitung“ weiß von einem sensationellen Spionagefall im Heeresministerium zu berichten. Mehrere Personen, darunter ein Telegraphist des Heeresministeriums, sollen verhaftet worden sein. Die Erhebungen hätten ergeben, daß durch Vermittlung dieses Telegraphisten und eines an einer österreichischen Grenze beschäftigten Försters der Chiffreschlüssel für den Verkehr der einzelnen österreichischen Garnisonen und Militärbehörden untereinander bei vertraulichen Mitteilungen an eine ausländische Macht verkauft worden sei.

Mandschukuo wird nicht anerkannt

Der 19er-Ausschuß der außerordentlichen Völkerbundversammlung hat heute die Beratungen über die praktischen Vorschläge, die der Völkerbundversammlung zur Regelung des chinesisch-japanischen Konfliktes gemacht werden sollen,

fortgesetzt. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Mitglieder des Ausschusses sich ziemlich übereinstimmend dahin ausgesprochen haben, daß der Bericht an die Völkerbundversammlung die juristische und tatsächliche Nichtanerkennung des Mandschurei-Staates enthalten soll und daß die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes sogar aufgefordert werden, mit dem neuen Staat nicht zusammenzuarbeiten. Weiter heißt es, daß die Nichtmitgliedsstaaten, vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland aufgefordert werden sollen, sich der Haltung des Völkerbundes anzuschließen.

Die holländische Meuterei

Der Panzerkreuzer „Zeven Provinciën“ setzt seine Fahrt weiterhin längs der Westküste Sumatras in südöstlicher Richtung fort. Er hat vor dem ihn verfolgenden Regierungsdampfer „Aldebaran“ einen Vorstoß von etwa drei Stunden. Der „Aldebaran“ hat Anweisung erhalten, dem Panzerkreuzer stets in einer Entfernung von fünf Seemeilen zu folgen. An Bord des „Aldebaran“ befindet sich u. a. eine Abteilung europäischer Infanterie, die unter dem Kommando des Kapitäns der „Zeven Provinciën“ steht.
An Bord des „Aldebaran“ ist ein Funkpruch von der „Zeven Provinciën“ eingegangen, wonach deren Besatzung bereit ist, 24 Stunden vor der Ankunft im Flottenstützpunkt Soerabaja den Kommandanten und den restlichen Teil der Besatzung mit den üblichen Ehrenbezeugungen wieder an Bord zu nehmen.
Gleichzeitig ist von der „Zeven Provinciën“ ein Funkpruch abgegangen, der an die Weltpresse gerichtet ist. Darin heißt es, daß das Vorgehen der Besatzung als Protest gegen die ungerechtfertigte Besoldungskürzung und als Vergeltungsmaßnahme für die Verhaftung zahlreicher Matrosen, die gegen die Besoldungskürzung protestiert hatten, aufzufassen sei. An Bord der „Zeven Provinciën“ sei alles ruhig. Es habe keine Verwundeten gegeben.

behauptet wird, das Gesamtergebnis dieser Ausdrücke sei befriedigend, so können bei solchen Behauptungen nur Wünsche oder unklare Vorstellungen, keinesfalls aber die Tatsachen ausschlaggebend sein.

Die Ereignisse des heutigen Tages sind schon deshalb nicht geeignet, Vertrauen zur Regierung zu schaffen, weil die Regierung bei ihrem Amtsantritt Erklärungen abgegeben hat, die zwar manches erwarten ließen, auf keinen Fall aber das heutige Vorgehen gegen Preußen.

Wenn von Regierungsseite die Auflösung des preußischen Landtags damit begründet wird, daß der Landtag arbeitsunfähig sei, weil er nicht in der Lage sei, eine Regierung zu bilden, so entspricht eine solche Behauptung einfach nicht den Tatsachen.

der heutigen Sitzung des Dreimänner-Kollegiums ganz klar bewiesen. Es ist ja bekannt, daß gerade das Zentrum sich bemüht hat, die Regierungsbildung in Preußen vorwärts zu treiben. Seine Verhandlungen mit den Nationalsozialisten dienten keinem anderem Zweck.

Gerade Herr von Papen — hätte sehr wohl die Möglichkeit gehabt, sich über den wirklichen Stand der Dinge zu unterrichten, sich über einmal bei seinen jetzigen nationalsozialistischen Ratsmitgliedern und sodann bei seinem früheren persönlichen Freund, Dr. Bracht, der es am allerbesten weiß, wer die Bemühungen der Parteien zunichte gemacht hat.

Köln. In der Nacht kam es in der vergangenen Nacht zwischen 2 und 3 Uhr zu einer Schießerei angeblich zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei der 4 Personen verletzt wurden, unter ihnen zwei Männer durch Schüsse und zwei Frauen durch einen Mordanschlag so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten, wo sie sofort operiert wurden.

Stuttgart. In Gönningen (Oberamt Neuffingen) geriet ein Kommunist aus Gönningen, der früher bei einer politischen Schlägerei einen SA-Mann durch Messerstiche schwer verletzt hatte, mit Leuten des NSD. in Streit.

Dormagen. Wie erst jetzt bekannt wird, kam es in der Nacht zum Samstag in Dormagen zu Zusammenstößen. Kommunisten aus der Umgebung waren nach Dormagen gekommen, um den Führer eines Kraftomnibusses zu überfallen.

Stabach-Nepf. Mehrere Nationalsozialisten überfielen heute früh, wie die Polizei berichtet, ein überwiegend von Kommunisten besetztes Barackenlager. Die Bewohner sollen mit Schusswaffen bedroht worden sein.

Die Rotter schon Liechtensteiner Staatsangehörige! Wie die Telegraphen-Union aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind die beiden Berliner Theaterdirektoren Fritz und Alfred Rotter, die sich des Betruges, der Untreue und des Konkursverbrechens schuldig gemacht haben, inzwischen nach Liechtenstein gelangt und haben bereits die dortige Staatsangehörigkeit erworben.

Explosionsunglück bei Renault In der bekannten französischen Automobilfabrik ereignete sich am Montag kurz nach 11 Uhr vormittags in der Elektrizitätzentrale eine schwere Explosion.

Nach 17 Jahren heimgekehrt? Wie die Mannheimer „Vollstimme“ mitteilt, wird in etwa vier Wochen nach 17jähriger Abwesenheit der Mannheimer Konrad Ritter zu seinen Eltern in der Märfelder Straße zurückkehren.

Die Parteien auf der Reichsliste

Wie DDJ meldet, hat der Reichsminister des Innern die Nummernfolge der einzelnen Parteien zur bevorstehenden Reichstagswahl auf der Reichsliste wie folgt festgesetzt:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
3. Kommunistische Partei Deutschlands,
4. Deutsche Zentrumspartei,
5. Deutschnationale Volkspartei,
6. Bayerische Volkspartei,
8. Christlichsozialer Volksdienst,
9. Deutsche Staatspartei,
10. Deutsche Bauernpartei,
11. Landbund (Württemberg: Weingärtnerbund),
12. Deutschhannoversche Partei,
13. Thüringischer Landbund,
14. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).

Der Festsetzung dieser Nummernfolge war eine Aussprache der Parteiführer im Reichsinnenministerium vorausgegangen. Auf etwaige Listenverbindungen in den einzelnen Wahlkreisen brauchte man bei Aufstellung in den einzelnen Wahlkreisen keine Rücksicht zu nehmen.

Hugenberg zur Zinsfrage

In einer Unterredung, die ein Mitarbeiter des „Berliner Lokalanzeiger“ mit Reichsminister Dr. Hugenberg hatte, erklärte dieser u. a.:

Zwangseingriffe in die bestehenden Zinsvereinbarungen, wie sie die Devisenverordnung des Kabinetts Brünning enthält, entsprechen meinen wirtschaftspolitischen Auffassungen ebenso wenig wie sonstiges Gerumpelwischen des Staates an Dingen, die sich organisch aus sich selbst entwickeln können.

Seldte über sein Arbeitsgebiet

Der Reichsarbeitsminister Franz Seldte äußerte sich in einer Unterredung mit dem Hauptgeschäftsführer des „Stahlhelm“ über sein Arbeitsgebiet u. a. wie folgt: Er betrachte

es als seine wichtigste Aufgabe, den Freiwilligen Arbeitsdienst und die Jugendberückungung zu fördern. Die allgemeine Arbeitsdienstpflicht soll erst später eingeführt werden. Auf der jetzigen Grundlage werde der Arbeitsdienst wesentlich erweitert und ausgebaut.

Sollmann für Nichtangriffsvertrag mit der SPD

In der Rheinlandhalle in Köln sprach am Sonntag Sollmann in der ersten Wahlkundgebung der Kölner Sozialdemokratie. Sollmann kritisierte dabei, daß die Kommunisten immer noch die Sozialdemokraten als ihren Hauptfeind erklärten.

Nemmele kandidiert nicht mehr

In der Wahlkreis-Konferenz der SPD Mittelhagens, in der, wie bereits gemeldet, Stadtrat Köpper-Karlsruhe als Kandidat für die Reichstagswahl dem Landesparteitag empfohlen worden ist, hat, wie bekannt wird, Minister a. D. Nemmele-Samburg, der bisher Spitzenkandidat der babilonischen sozialdemokratischen Liste war, gebeten, von der Aufstellung seiner Person Abstand zu nehmen.

Die täglichen Gewalttätigkeiten

Duisburg. Zu der Besetzung des am Mittwoch in Homberg erschossenen SA-Mannes Passath waren aus allen Teilen der Nachbarschaft, auch aus Essen SA- und SS-Leute auf großen Lastwagen herbeigeleitet.

Emil Nolde

Ausstellung in der Babilonischen Kunsthalle.

Der künstlerische Weg Emil Noldes (geboren 1867 in Nolde in Nordfriesland) führt aus naturalistischen Grundlagen und bedeutendem sachlichen Können zu einem Gehalt, dessen letzter Sinn Natürlichkeit ist, und zu einer Gestalt, deren tiefste Bedeutung die Wirkung ausmacht.

Das Leben führte den Künstler 1910 nach Hamburg, 1913 auf einer Reise durch Rußland, Sibirien, Japan und die Südpazifik. Neben der Malerei, die sich in der Folgezeit zu einer der bedeutendsten Leistungen der deutschen Kunst entwickelte, hat er auch als Schriftsteller gearbeitet.

Aufführung der neuen Oper von Richard Strauß

„Arabella“ lautet der Titel der neuesten Oper von Richard Strauß, die nunmehr aufführungsbereit vorliegt. Sie erscheint wie die früheren Werke des Komponisten im Verlag von Wolff & Fürstner, Berlin.

Sonderveranstaltung des Bühnenvolksbundes

Wie wir erfahren, wird am Freitag, den 10. Februar, der Bühnenvolksbund mit Kräften des Babilonischen Landestheaters das Spiel vom Tode, „Der Bräutigam“ von Julius Maria Veder und „Die Schlang“, ein Lustspiel von Ernst Wacmeister, in einer geschlossenen Veranstaltung im Konzerthaus zur Aufführung bringen.

Als Kunst und Leben

Geschenk des Hl. Vaters an den König von Ägypten. Mr. Valeri, apost. Delegat in Ägypten, ist von König Fuad in Audienz empfangen worden. Er hat dem Souverän im Namen des Hl. Vaters eine Prachtsgabe des von der vatikanischen Bibliothek besorgten Werkes „Bibliomans in Ägypten“ überreicht.

bezeugen, die König Fuad den katholischen Werken in seinem Lande immer befreundet hat.

Paul Claudel gegen ein Denkmal für Charles Baudelaire. Paul Claudel, der größte katholische Dramatiker wendet sich gegen die Absicht, dem Dichter Charles Baudelaire in Paris ein Denkmal zu setzen.

Hochherzige Schenkung des Dichters Hermann Bahr. Der 60jährige österreichische Dichter Hermann Bahr hat seine 12000 Bände umfassende Privatbibliothek, die besonders reich an moderner schäner Literatur ist, der Defensivischen Studienbibliothek in Salzburg geschenkt.

Die ältesten monumentalen Zeugnisse einer Klosteranlage in Deutschland werden z. B. auf dem Heiligenberge bei Heidelberg durch eine Gruppe des freiwilligen Arbeitsdienstes unter Leitung von Regierungsbaumeister Carl Koch ausgegraben.

Das Volkslied, Blätter für Volkslied und Volkstum, herausgegeben von Janus Gentsch (Vollstahnen-Verlag, Berlin SW 11) erscheint im 9. Jahrgange und bringt im ersten Heft eine Reihe von dichterischen Arbeiten und allgemeinen Beiträgen über Volksliedkunde, die sich auf den Bereich des süddeutschen Volkslieds beziehen.

Schulschulnachrichten

Von der Universität Freiburg. Durch Verfügung des Herrn Reichspräsidenten wurde der Direktor des Ökologischen Instituts der Universität Freiburg, Herr Geh. Reg.-Rat Professor Dr. W. W. W. W., zum außerordentlichen Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für das Hochschulwesen ernannt.

Der Professor für Mineralogie, Geh.-Rat Dr. Victor Goldschmidt (Heidelberg), feiert seinen 80. Geburtstag am 10. Februar 1933; einen ausführlichen Bericht über die wissenschaftliche Bedeutung des Gelehrten siehe in „Nachrichten und Fortschritt“ Nr. 4, Nr. 4, S. 40.

Die vom Reichspräsidenten gestiftete Goethe-Medaille wurde verliehen: Generalmajor Otto Simeon (Berlin), Stadtbibliotheksdirektor Hans Ludwig G. E. (München), Dr. med. Erhard Summe (Leipzig) und dem spanischen Unterrichtsminister Fernando de los Rios (Madrid).

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes

Die vom 4. Februar datierte, auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes wird heute veröffentlicht.

Abchnitt I beschäftigt sich mit **Versammlungen und Aufzügen**. Öffentliche politische Versammlungen, sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden. Sie können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Statt des Verbots kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nicht anders bestimmen, die Ortspolizeibehörden. Ausgenommen sind Veranstaltungen nichtpolitischer Art. Ein Verbot kann nach den Bestimmungen des Landesrechts angefochten werden. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Öffentliche politische Versammlungen, sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, wenn in ihnen zum Ungehörig gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird, oder wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, oder wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebäude oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, oder wenn in ihnen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt wird, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind, oder wenn von den Angaben der Anmeldung abwichen, oder wenn einer Auflage zuwider gehandelt wird.

Die Polizeibehörde ist befugt, in jede öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden.

Der Reichsminister des Innern kann allgemein oder mit Einschränkungen für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden; allgemein nur für bestimmte abgegrenzte Ortsteile, im übrigen nur im Einzelfalle. Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft.

Abchnitt II befaßt sich mit **Druckschriften**. Druckschriften, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nicht anders bestimmen, die Ortspolizeibehörden. Periodische Druckschriften können verboten werden, wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit einer der in den Paragraphen 81 bis 86, 92 Nr. 1 des StGB oder in den Paragraphen 1-4 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse bezuzeichneten Handlungen begründet wird; wenn in ihnen zum Ungehörig gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen aufgefordert oder angereizt wird; wenn in ihnen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert wird oder begangene Gewalttätigkeiten verherrlicht werden; wenn in ihnen zu einem Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betriebe aufgefordert oder angereizt wird; wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden; wenn in ihnen offensichtlich unrichtige Nachrichten enthalten sind, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden; wenn als verantwortlicher Schriftleiter jemand bestellt oder benannt ist, der nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann.

Die Dauer des Verbots darf bei Tageszeitungen vier Wochen, in anderen Fällen sechs Monate nicht überschreiten. Diese Beschränkung fällt fort, wenn eine periodische Druckschrift, die auf Grund dieser Verordnung bereits zweimal verboten war, innerhalb dreier Monate nach dem ersten Verbot erneut verboten wird; in diesem Falle darf die Dauer des Verbots bei Tageszeitungen sechs Monate, in anderen Fällen ein Jahr nicht überschreiten. Das Verbot umfaßt auch die im selben Verlag erscheinenden Kopfsblätter der Zeitung, sowie jede angeblich neue Druckschrift, die als ihr Ersatz anzusehen ist. Zuständig für das Verbot sind die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Gegen das Verbot ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an einen vom Präsidium zu bestimmenden Senat des Reichsgerichts gegeben. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Der Reichsminister des Innern kann die oberste Landesbehörde um das Verbot einer periodischen Druckschrift eruchen.

Ist in einer periodischen Druckschrift, die nicht im Inland erscheint, eine Veröffentlichung der oben bezeichneten Art enthalten, so kann der Reichsminister des Innern ihre Verbreitung im Inland bis zur Dauer von sechs Monaten verbieten. Gegen das Verbot ist kein Rechtsmittel zulässig.

Abchnitt III behandelt **Sammlungen zu politischen Zwecken**. Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können verbieten, daß Geld- oder Sachspenden zu politischen Zwecken oder zur Verwendung durch politische Organisationen von Haus zu Haus, auf Straßen oder Plätzen, in Gast- oder Vergnügungstätten, oder anderen öffentlichen Orten eingesammelt werden; das Verbot kann auf einzelne Sammlungen oder die Sammlungen bestimmter Vereinigungen beschränkt werden. Sammlungen, die in Versammlungen oder im Zusammenhang mit ihnen am Versammlungsort stattfinden, sowie Sammlungen von Haus zu Haus, die sich auf Mitglieder der sammelnden Organisation beschränken, sind zulässig.

Abchnitt IV enthält **Strafbestimmungen**. Wer öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder anreizt, wird, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, mit

Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist auf Gefängnis nicht unter einem Monat zu erkennen.

Mit Gefängnis, neben dem auch auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft, wer ohne die erforderliche Anzeigung oder falsche Angaben eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet, oder dabei als Redner auftritt und den Raum zur Verfügung stellt.

Mit Geldstrafe bis zu 150 RM. wird bestraft, wer an nicht angemeldeten oder verbotenen Versammlungen oder Aufzügen teilnimmt, wer als Veranstalter oder Leiter den Beauftragten der Polizeibehörde einen angemessenen Platz verweigert, wer nach Auflösung der Versammlung sich nicht sofort entfernt.

Wer eine verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, neben dem auch auf Geldstrafe erkannt werden kann. Ebenso wird bestraft, wer im Inland eine verbotene periodische Druckschrift verbreitet.

Wer vorläufig oder jahrelang Druckschriften politischen Inhalts herstellt, verbreitet oder zum Zwecke der Verbreitung vorrätig hält, auf denen die vorgeschriebenen Angaben über Drucker, Verleger, Verfasser, Herausgeber oder verantwortlichen Redakteur nicht enthalten oder unrichtig, unvollständig oder unleserlich sind, wird, soweit die Tat nicht mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft, wenn durch die Schrift das Verbrechen des Hochverrats oder ein Vergehen gegen die Vorschriften über verbotene Vereine oder über verbotene Druckschriften, oder über eine sonst strafbare Aufforderung oder Anreizung begründet wird.

Zusätzliches und Grundsätzliches zu einer Fälschung

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat bei den letzten Wahlen ein Flugblatt verbreitet mit dem Titel: „Kirchen und Klöster brennen“. Darin heißt es u. a.:

Der gegenwärtig regierende Heilige Vater Pius XI. schrieb in seinem Weihnachtsbrief 1928 an den Kardinal Fürstbischof von Breslau: „Ich verbiete zu wiederholten Malen, Katholiken zu zwingen, bestimmten politischen Meinungen Folge zu leisten, auch wenn diese die augenblicklichen Meinungen wirklicher oder sogenannter katholischer Führer sein sollten.“

Es ist jedem, der mit den sich aus vielen Kundgebungen ergebenden Gedankengängen des hl. Vaters und seiner Art, sich zu äußern, vertraut ist, von vornherein ganz klar, daß Pius XI. sich so gar nicht ausgesprochen haben kann. Außerdem aber ist auch auf Grund authentischer Mitteilungen festzustellen:

daß Fürstbischof Kardinal Vertram zu wiederholten Malen und neuerdings auf die Anfrage eines bayerischen Ordinariats am 26. Januar 1933 erklärt hat: „Es ist durchaus richtig, wenn Sie annehmen, daß die von den Nationalsozialisten verbreitete Mitteilung über einen Weihnachtsbrief Seiner Heiligkeit vom Jahre 1928 eine Fälschung ist. Der Fürstbischof von Breslau hat niemals ein Schreiben des hl. Vaters erhalten, das im Wortlaut oder dem Sinne nach die obige Meinung enthielte.“

Wir entnehmen diese Feststellung dem „Bayerischen Kurier“ Nr. 35 vom 4. Februar. Wer politisch tätig ist, tut gut daran, sie sich herauszuschneiden und aufzuheben, denn so bestimmte Behauptungen, wie sie die Fälschung enthält, verblüffen jedermann, da niemand leicht daran glaubt, daß man um des Parteivorteils willen so frech fälschen könne. Wie schwer die katholische Kirche formale Fälschungen v. a. p. l. l. i. c. h. e. r. schreiben aufnimmt, ergibt sich daraus, daß auch heute noch gemäß Canon 2360 des kirchlichen Rechtsbuches auf Verfälschung Apostolischer Schreiben und willkürlichem Gebrauch von solchen durch Katholiken die Strafe der von selbst eintretenden Exkommunikation steht, deren Lösung dem Apostolischen Stuhl in besonderer Weise vorbehalten ist. Die Kirche weiß eben aus alter Erfahrung, was für ein Unheil mit solchen Fälschungen schon angerichtet wurde. Uebrigens legt der Wortlaut der festgenagelten Fälschung voraus, daß es in der katholischen Kirche üblich sei, die Gläubigen zu zwingen, bestimmten politischen Meinungen Folge zu leisten“, daß das dem Papst bekannt sei, weshalb er sich gegen einen solchen Unfug gewandt habe. Demgegenüber sei festgestellt:

Die katholische Kirche hat noch niemals das Recht für sich beansprucht, ihren Angehörigen bestimmte politische Meinungen anzuzuschreiben, denn ihre Aufgabe ist eine religiöse und keine politische. Wohl aber ist es Sache der Kirche, unter Umständen darüber zu urteilen, ob bestimmte Anschauungen sich mit den Glaubenslehren und sittlichen Grundätzen des Christentums vereinbaren lassen. In Erfüllung dieser Pflicht hat die Kirche schon früher die Lehren und Grundsätze des Liberalismus, soweit sie dem Christentum widersprechen, ebenso die des Sozialismus und neuerdings auch die des Nationalsozialismus verworfen und vor ihnen gewarnt. Der Grund dafür ist kein politischer, sondern ein religiöser. Soweit es sich um rein politische oder wirtschaftliche Fragen und Meinungen handelt, mischt sich die Kirche nicht in die durchaus freie Entscheidung der Angehörigen der katholischen Kirche. Die Macht, die Katholiken zu bestimmten politischen Meinungen zu zwingen, wie die oben festgestellte Fälschung behauptet, hat die Kirche selbst dann nicht, wenn sie von ihrem Recht Gebrauch macht, falsche, weil der christlichen Glaubensüberzeugung widersprechende Grundsätze auf politischem Gebiet zu verbreiten, so wenig, wie sie die Macht hat, die Uebertretung der heiligen Gebote Gottes zu verhindern. Bekanntlich ist der Mensch frei geschaffen und soll sich mit seinem freien Willen für Gott, d. h. für das Wahre und Gute entscheiden. Für jede freie Entscheidung trägt er aber im Guten wie im Bösen die Verantwortung vor Gott.

Aus allen diesen Gründen handelt es sich bei den Behauptungen des angeführten nationalsozialistischen Flugblatts um eine Fälschung und zugleich um die Verbiegung falscher Tatsachen.

oder über eine sonst strafbare Aufforderung oder Anreizung begründet wird.

Wer von dem Vorhandensein eines Vorrats von Druckschriften, deren Inhalt den Tatbestand einer der oben bezeichneten strafbaren Handlungen begründet, zu einem Zeitpunkt glaubhafte Kenntnis erhält, zu dem das Vorhandensein der Behörde noch nicht bekannt ist, ist verpflichtet, unverzüglich der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Wer es unterläßt, die Anzeige oder die Ablieferung von in seinen Besitz gelangten Druckschriften rechtzeitig zu bewirken, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Wer in den dringenden Verdacht einer nach dem Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse strafbaren Handlung oder eines Verbrechens oder Vergehens steht, das mittels einer Waffe begangen ist oder dessen Strafbarkeit durch unbefugtes Führen einer Waffe oder unbefugtes Erscheinen mit einer Waffe begründet wird, kann im Interesse der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft genommen werden.

Räumlichkeiten in denen eine verbotene Tätigkeit ausgeübt wird, können polizeilich geschlossen werden. Handelt es sich um eine Gast- oder Schankwirtschaft, so kann die Erlaubnis zum Betriebe von der Ortspolizeibehörde bis zur Dauer von einem Jahre entzogen werden.

Abchnitt V enthält die **Schlussvorschriften**. Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern und zwar, soweit es sich um Vorschriften über das Verfahren vor dem Senat des Reichsgerichts handelt, im Einbernehmen mit dem Reichsminister der Justiz. Er kann, soweit er es für erforderlich hält, Richtlinien für die Handhabung der Vorschriften dieser Verordnung erlassen.

Der Kreis der leitenden Beamten im Sinne dieser Verordnung wird, soweit es sich um Reichsbeamte handelt, von dem Reichsminister des Innern, soweit es sich um Landesminister handelt, von den Landesregierungen bestimmt.

Die Verordnung tritt mit dem Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Es ist von Zeit zu Zeit notwendig, die richtigen Grundtöne gegenüber ihrer Entstellung durch Uebelwollende zu betonen.

Baden

Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei Badens

Der am Samstag und Sonntag in Karlsruhe abgehaltene, nach dem Bericht des „bld“ sehr gut besuchte Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei Badens wurde durch eine Landesvorstandssitzung eingeleitet. Anschließend folgte eine Landesausschusssitzung, in der die Entwicklung der Deutschnationalen Volkspartei in Baden als erfreulich bezeichnet und eine Aussprache über die bevorstehenden Reichstagswahlen und späteren Landtagswahlen vorgenommen wurde.

In einer besonderen Versammlung der Badischen Kampfgemeinschaften der DNVP hielt Major von Schilling als badischer Kampfringführer eine Ansprache, in der er ausführte, daß die Partei inmitten schwerer Aufbauarbeit stehe, aber überall dort, wo unter Einsatz aller Energie für die Sache der Deutschnationalen Volkspartei ins Zeug gegangen worden ist, die Erfolge nicht ausgeblieben sind. Nur der Jugend gehöre die Zukunft, die unter Zurückstellung ihrer eigenen Person und ihrer persönlichen Interessen bereit ist, für die Zukunft der Nation alles zu tun. Nur durch eine klare Herausstellung des Führergedankens und unter bewusster Betonung einer kameradschaftlichen Disziplin werde das Ziel der Arbeit erreicht werden können.

Als Beauftragte des Reichsfrauenausschusses überbrachte Frau Schemann-Freiburg Grüße, worauf Stadtrat Dr. Lang auf die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frau im nationalen Kampf hinwies. Die Vorsitzende des Landesfrauenausschusses, Frau Landtagsabgeordnete Richter, zeigte die Ziele für die in der Partei tätigen Frauen auf. Ferner wurde von ihr auf die Wichtigkeit weiblichen Einflusses auf alle Gesetzgebungen, nicht nur in bezug auf die Frauenberufe wie die 10prozentige Kürzung der Lehrerinnen, sondern auch auf Gesetze, wie über die Gefängnisstrafverbüßung, über das Bewohnungs-gesetz hingewiesen. Im Anschluß an diese Ausführungen sprach noch Frau Dr. Ober für die Kampfgemeinschaft junger Deutschnationaler und die 1. Vorjüngende der Ortsgruppe Karlsruhe, Frau General Kraefcke, über die Wichtigkeit der Mitarbeit der Frau an der Politik.

In diesem Bericht fehlt jede Bezugnahme auf die neue parteipolitische Lage, die die Deutschnationalen in einer Front mit der NSDAP sieht. Es müßte denn sein, daß Herr Major von Schilling mit der Bemerkung von der Jugend, die unter Zurückstellung ihrer eigenen Person und ihrer persönlichen Interessen der Zukunft der Nation alles zu tun bereit ist, die Abgrenzung der deutschnationalen Jugend gegenüber der nationalsozialistischen kennzeichnen wollte. Auch die starke Betonung des Wertes der politischen Arbeit der Frau und der Wahrung des Einflusses der Frau auf alle Gesetzgebung bedeutet eine Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus, der bekanntlich den Einfluß der Frau auf Politik und Gesetzgebung vollkommen ausschalten möchte. Auch das frühere Hugenbergische Schlagwort „Macht mir den rechten Flügel stark“, unter dessen Einwirkung damals viele deutschnationale Wähler zu der NSDAP übergegangen sind, wurde anscheinend nicht mehr in die Erinnerung zurückgerufen.

Gemeinden und Erwerbslosenfürsorge

Angeichts der Tatsache, daß sich die Gemeinden in einer großen Finanznot befinden, mag die Forderung auf Aufgabe der Erwerbslosenversicherung in die

Die Entscheidung naht! Gebt für den Wahlfonds!

Das deutsche Volk steht vor einer großen Entscheidungsschlacht. Der Kurs des neuen Kabinetts ist klar. Es gilt bewußt der Verschlagung der deutschen Volksrechte, der Ausschaltung des Zentrums als Vertreterin des katholischen Volksteils.

Diese Entscheidung muß für uns siegreich werden. An alle ergeht der Ruf, die Partei auch in diesem Wahlkampfe zu unterstützen.

Zahlungen auf Postcheckkonto der Zentrumspartei Mittelbaden, Karlsruhe Nr. 25578 oder der Geschäftsstelle, Adlerstraße 42, sowie an den Schaltern der Badenia A.-G., Steinstraße und Kaiserstraße.

Hände der Gemeinden, die auch vom Reichstädtbund erhoben wird, auf den ersten Blick befremden. Dennoch wird bei näherer Betrachtung der Sachlage die Forderung durchaus erklärlich. Klar ist, daß die Gemeinden den gegebenen Verhältnissen am nächsten stehen und bei einer vernünftigen Verteilung der öffentlichen Aufgaben, in erster Linie zur Betreuung der Arbeitslosen berufen sind. Bei dieser Lösung entsteht aber auch der geringste Verwaltungs- und Unterstützungsaufwand. Es mag zugegeben werden, daß in einzelnen Fällen das Arbeitsamt den gestellten Ansprüchen zurückhaltender gegenübersteht; es wird aber nicht zu beweisen sein, daß im allgemeinen die Gemeinden von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, weniger geeignet seien, die Aufgabe zu übernehmen, als die Arbeitsämter. Wenn die Gemeinden wieder ihre eigenen Einnahmequellen bekämen, so würden sie ungeachtet der positiven Zusammenlegung des Gemeinderats oder Fürsorgeausschusses schon von selber sich zu einer Sparpolitik bekennen, weil sie ja auch die Verantwortung für die Ausgaben vor den Steuerzahlern zu tragen hätten.

Der jetzige Zustand, der durch die Loslösung der Erwerbslosenfürsorge aus der Verwaltung der Gemeinden entstanden ist, weist eine ausgesprochene Doppel-Organisation der Erwerbslosenfürsorge mit allen ihren Nachteilen auf und zwar deshalb, weil in den meisten Fällen der Arbeitslose schon während der Wartezeit hilfsbedürftig wird und der Fürsorgeverband oder die Gemeinden wenigstens mit einer einmaligen, wenn auch sparsam bemessenen Unterstützung eingreifen muß. Von der 7. Woche der Arbeitslosigkeit an wird die Arbeitslosenunterstützung nur mehr in der Höhe gewährt, welche die Gemeinden auf Grund der Hilfsbedürftigkeit begutachten und beim Uebertritt in die Krisenfürsorge und sodann alle 13 Wochen hat die Gemeinde gegenüber dem Arbeitsamt die Hilfsbedürftigkeit abermals zu begutachten, also ständige Doppelarbeit. Wenn die auf Grund der Unterstützungsjahre und der gemeindlichen Gutachten berechnete Unterstützung nicht ausreicht, dann muß wieder, neben dem Arbeitsamt — der Fürsorgeverband eingreifen. Das gleiche ist der Fall, wenn das Arbeitsamt aus irgend einem Grunde die Unterstützung sperrt. Es wird auch nicht vermeintbar sein, daß der Fürsorgeverband künftig in noch höherem Maße als bisher Zusatzunterstützungen zur Arbeitslosen- und Krisenunterstützung gewähren muß. Die Reichshilfe an die Gemeinden wird also zum guten Teil durch deren Mehrbelastung infolge Kürzung der Mu- und Krz-Sätze wieder aufgehoben. Diese wenigen Feststellungen zeigen, daß der Fürsorgeverband oder die Gemeinde von Anfang bis zum Ende der Arbeitslosigkeit in überwiegender Weise mit der Fürsorge für die Erwerbslosen betraut ist. Unter diesen Umständen ist die Forderung der Gemeinden und des Reichstädtbunds auf Rückgabe der Arbeitslosenversicherung in die Hände der Gemeinden durchaus verständlich. Sätte man im Jahre 1927 die Warnungen der Länder und Gemeinden beachtet, so stände man heute in der ganzen Angelegenheit weit günstiger da. Vor allem wären den Steuerzahlern erhebliche Lasten erspart geblieben. Die Vereinheitlichung der Erwerbslosenfürsorge gehört mit zu den abschreckenden Beispielen vor dem Zentralismus und man kann gespannt sein, wie viele an schlimmen Erfahrungen noch gemacht werden müssen, bis man endlich einseht, daß für deutsche Verhältnisse eine gesunde Dezentralisation das Gebotene ist.

Übermals Großfeuer im Bodenseegebiet

blid Ueberlingen, 4. Febr. Im Anwesen und Oekonomiegebäude der Familie Hugo Waibel und des Gemeindevorstandes Johann Haag in Bermatingen brach am Sonntagabend Feuer aus, das sehr rasch auch auf das danebenstehende Anwesen des Landwirts Karl Freistetter übergriff und beide Anwesen bis auf die Umfassungsmauern einäscherte. Das Vieh und ein Teil der Fahrnisse konnten gerettet werden. Eine weitere Ausdehnung des Feuers konnte durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr und des Ueberlinger Löschzuges verhindert werden. Der Gebäudeschaden beträgt allein gegen 30 000 RM. Die Brandursache ist bis jetzt noch unbekannt.

dz Neufnach (Amt Ueberlingen), 6. Febr. (Rätselhafter Selbstmord.) Der 30 Jahre alte Landwirt Anton Karrer hat gestern morgen Selbstmord begangen. Am Vormittag war er noch mit Raumpflügen beschäftigt, und als man ihn zum Mittagessen suchte, fand man ihn tot im Ofenhause auf. Die Beweggründe sind unbekannt.

dz Hüfingen, 6. Febr. (Blindarmoperation mit 86 Jahren gut überstanden.) Mit 86 Jahren hat sich im Krankenhaus Donaueschingen der Patient Richard Rindler einer Blindarmoperation unterzogen, die gut verlaufen ist. Schmerzend meinte der Alte nachher: „Nur hätte er im Alter noch diese Kinderkrankheit bekommen“.

blid Lobinau, 6. Febr. (Ein unvorichtiger Leichenschändler.) Ein 16jähriger Junge wollte hier mit seiner Leichenschändelung eine Kasse totschießen. Dabei traf er seinen Spielgefährten in die Brust. Das Geschick ist nahe am Herzen eingedrungen, sodaß sich der junge Mann in Lebensgefahr befindet.

Frühs Nah und Fern

Die Zwischenfälle in Mannheim

dz Mannheim, 6. Febr. Zu den Mannheimer Demonstrationen meldet der Polizeibericht:

Am gestrigen SA-Aufmarsch der NSDAP nahmen etwa 4700 Personen teil. An mehreren Stellen des Marschweges, besonders in der Neckarstadt, verjachten politische Gegner, den Zug durch Schmäufe und Tätlichkeiten zu stören. Durch das Eingreifen der SA-Führer und der Polizei konnte verhindert werden, daß zwischen Störern und aus dem Zug ausbrechenden SA-Leuten größere Schlägereien entstanden. Bei einer dieser tätlichen Auseinandersetzungen wurde ein Schiffer in der Bürgermeister-Fuchs-Strasse von einem unbekannten Täter mit einem Taschenmesser in den Rücken gestochen und lebensgefährlich verletzt. Insgesamt wurden 12 Personen festgenommen.

Anlässlich eines Umzuges von etwa 100 Kommunisten, der sich auf der Breitenstraße gebildet hatte, kam es gestern nachmittags an der Straßenkreuzung D 1 und D 2 zu Ansammlungen. Bei Erscheinen der Polizei zerstreuten sich die Teilnehmer fluchtartig, so daß vom Gummihüpfel kein Gebrauch gemacht werden mußte.

dz Mannheim, 6. Febr. (582 Schiffe in den Mannheim-Ludwigshafener Häfen.) Insgesamt warten 582 Schiffe vor und in den Häfen von Mannheim und Ludwigshafen, wo sie Schutz vor dem Treibeis gefunden hatten, auf eine Besserung des Wasserstandes, damit sie ihre Reise fortsetzen können. Im Mannheimer Hafen, wo 387 Schiffe liegen, herrscht ein außerordentliches Gedränge.

dz Mannheim, 6. Febr. (Zugberstörung infolge Maschinendefekts.) Der Personenzug Heidelberg-Mannheim, der in Heidelberg 5.54 Uhr abgeht, hatte unterwegs in der Nähe von Friedrichsfeld durch Bruch eines Teils am linken Angellager der Lokomotive einen unvorhergesehenen Aufenthalt; er mußte etwa eine halbe Stunde lang an einer Blockstelle liegen bleiben und konnte seine Fahrt erst fortsetzen, nachdem aus Mannheim eine Ersatzmaschine herbeigerufen worden war. — (Führererscheinenzugungen.) Einem 55 Jahre alten Werkzeughändler in Mannheim wurde das Führen von Kleintrafzern dauernd unteragt, weil er zum Trunke neigt. — Einem 38 Jahre alten Kraftwagenführer in Mannheim wurde der Führerschein auf die Dauer von drei Monaten entzogen, weil er in betrunkenem Zustand ein Kraftfahrzeug gelenkt hat.

dz Heidelberg, 6. Febr. (Wiederaufnahme der Neckarschiffahrt.) Die Neckarschiffahrt wird nach einer Pause von etwas mehr als zwei Wochen heute wieder aufgenommen werden können. Heute vormittag werden noch die letzten Eisreste aus dem Neckarканал, der Feudenheimer Strecke, ausgeräumt werden. Damit wird dann der ganze Neckar wieder völlig ohne Eis sein.

dz Neckarsteinach, 6. Febr. (Neckarschiffer tödlich verunglückt.) Im Kaiserwerth-Hafen wurde einem 33jährigen Schiffer von Neckarsteinach ein Eisenstück so unglücklich ins Gesicht geschleudert, daß er im Mundenheimer Krankenhaus starb.

dz Kronau (Amt Bruchsal), 6. Febr. (Die Bandendiebstähle gehen weiter.) Die nächtlichen Raubzüge, die hier seit einigen Wochen an der Tagesordnung sind, werden trotz erhöhter Aufmerksamkeit von Polizei und Genarmen in äußerst frecher Weise fortgesetzt. So wurden nachts zwei Einbrüche in ein Zigarrenlager und in eine Lebensmittelhandlung unternommen. In beiden Fällen wurden die Diebe durch die Bewohner verschreckt. Trotzdem verjachten sie im letzteren Falle den Raub noch zweimal, verließen dann unter Drohungen und Schmäuhungen die Stätte ihres „Wirkens“. Da sie Masken trugen, konnten die Täter nicht erkannt werden.

blid Königsbach (bei Bfrozheim), 6. Febr. (Wohnhaus und Scheune abgebrannt.) In der Nacht zum Montag brannte die Scheune und das Wohnhaus des Bädermeisters Karl Fuchs nieder. Man vermutet Brandstiftung. Der Schaden ist beträchtlich, jedoch größtenteils durch Versicherung gedeckt.

blid Billingen, 5. Febr. (Zur Finanzlage der Stadt.) konnte im Stadtrat das verhältnismäßig befriedigende Ergebnis mitgeteilt werden, daß man die Einnahmenschwümpfungen größtenteils durch strenge Sparmaßnahmen ausgleichen konnte. Bis zum Schluss des Etatsjahres wird es, wenn nicht Unvorhergesehenes eintritt, bei dem voranschlagsmäßigen Fehlbetrag von 132 000 Mark verbleiben, der durch Kürzungen auf die Reserven gedeckt wird.

Kameradschaftsabend der Badenwacht Mörchi

Mörchi, 5. Febr. Die Bereitschaft der kath. Schutzorganisation Mörchi hält am Sonntag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Bernhardschule einen Kameradschaftsabend ab.

Der in Mörchi immer gern gesehene Gast, Herr Generalsekretär Bauer, wird dabei sprechen über Ziel und Aufgabe der Badenwacht. Eine besondere Bedeutung erhält der Abend dadurch, daß wir Gelegenheit haben, einmal das wahre Gesicht von Sowjet-Rußland kennenzulernen. Herr Prof. Schächtele aus Rastatt, der dieses Paradies durchforstet, wird dadurch in der Lage sein, uns diesbezüglich aufzuklären. Dabei ergeht an alle katholischen Männer und Jungmänner der Ruf, diese Gelegenheit nicht ungenutzt vorbegehen zu lassen.

Aber auch für unsere Frauen und Jungfrauen wird dieser Abend von großem Interesse sein, zumal sie die Stellung der Frau in Rußland kennenlernen können.

Der kath. Kirchengesangsverein wird zur Verschönerung dieses Abends beitragen.

Unsere Kameraden von auswärts, sowie die Mitglieder aller katholischen Vereine sind hierzu freundlichst eingeladen. „Gut auf!“

e Ettlingen, 5. Febr. (Verschiedenes.) Nachdem die Grippe hier stark unter den Kindern herrschte, mußten die Volksschulen geschlossen werden, vorläufig bis zum 13. d. M. — Der Paramentverein, dessen schöne und kunstgerechte Arbeiten alles Lob erhalten, veranstaltete gestern nachmittags einen gemütlichen Kaffee, um neue Mittel für die Weiterarbeit zu erhalten. Bei guter Musik, Aufführung von Tänzen und Reigen, beim Schlürfen des ausgezeichneten Kaffees, beim Munden der feinen Lorien und Kuchen bei angeregter Tischunterhaltung floß der Nachmittag allzu rasch dahin. Allen Mitwirkenden, die sich uneigennützig in diesen Dienst gestellt haben, sei herzlichster Dank gesagt.

dz Tennenbrunn (Amt Willingen), 6. Febr. (Ein luftiges Bett.) Ein Geistesgestörter entfernte sich nachts in einem unbedachten Augenblick von seinem Krankenlager und blieb trotz angelegten Suchens in der Dunkelheit verschwunden. Am nächsten Morgen stellte er sich vor selbst wieder ein und gab an, auf einer Tanne geschlachtet zu haben. Man mußte froh sein, daß das Abenteuer so glimpflich verliefen ist.

blid Kenzingen (bei Emmendingen), 6. Febr. (Das Kriegerdenkmal.) Bei dem Breitsauschreiben der Stadt für den Entwurf eines Kriegerdenkmals wurde der Entwurf des Architekten Otto Heinz Bloch-Freiburg mit dem ersten und der Bildhauers Vinz-Karlstrube mit dem zweiten Preis ausgezeichnet.

Aus der Partei

Zentrumsversammlung in Selbach

In stattlicher Zahl waren die Parteifreunde dem Rufe zur Wählerversammlung gefolgt. Als Redner war Herr Gewerkschaftssekretär Fahrenholtz aus Karlsruhe erschienen. Kritisch nahm der Redner Stellung zur Reichstagsauflösung. Die Begründung der Auflösung sei nicht den Tatsachen entsprechend. Die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit sei möglich gewesen. Durch Herrn v. Papen hätten die Reichsparteien mit dem Zentrum überhäupt keine Verbindung aufgenommen zum Zwecke der Herinnahme des Zentrums in die Regierung. Es habe den Anschein, daß die wiederholten Reichstagsauflösungen im Arbeitsbeschaffungsprogramm enthalten seien. Wertvoller wäre es gewesen, die Millionen, welche der Wahlkampf verschlingt, zu verwenden für die Beschaffung von Kleidern und Lebensmitteln für bedürftige Volksgenossen. Eingehend beschäftigte sich Redner mit der Zusammenlegung des Kabinetts. Dem letzteren werde der Stempel aufgedrückt durch die Namen „Papen“ und „Hugenberg“. Der Name „Papen“ allein schon bedeute eine Herausforderung des werktätigen Volkes. Dieser Herr habe das katholische Volk bzw. seine politische Interessenvertretung von der Regierung ferngehalten. Daß ein „Hugenberg“ in einer Regierung sitzen könne, deren Hauptziele eine „sozialistische Arbeiterpartei“ sei, wolle wie ein Faustnagel stehen. Hugenberg sei und bleibe ein Feind des arbeitenden Volkes und trage den Namen „Reaktionar“ verdient. Die Uebertragung der tarif- und arbeitsrechtlichen Verträge vom Reichsarbeitsministerium an das Reichswirtschaftsministerium sei eine Herausforderung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Es werde unter den wenigen Arbeitern, die dem Salzenkreuz geschuldt hätten, bald ein „Erwachen“ geben. Redner lesahle sich mit dem Aufruf der Reichsregierung und bezeichnete einzelne Rede-

Winterende im Schwarzwald

blid Triberg, 6. Febr. Die starke Erwärmung hat den Schnee in Mengen, selbst in den höchsten Lagen weggefressen, sodaß die ganze schöne Schmelze auch im Feldberggebiet auf den exponierten Süd- und Südwestlagen arge Lücken zeigt. Wärmemessungen wie drei Grad am Feldberg, neun Grad in Höhen von 900 Meter, kennzeichnen am besten das Wetterbild, das für den Skisport recht trübe für dieses Wochenende sich gestaltete. Für den ganzen Verkehr war dieser erste Februarsonntag ein bitterer Verlust, die Sportzüge fielen aus, die sonstigen waren schwach besetzt und nur wenige Gostungströbe pilgeren zur Höhe, wurden enttäuscht und kehrten schon um die Mittagszeit wieder zu Tal. Schmer hatten es die Autos auf den im Feldberggebiet bereiften Hochstraßen, wo manches Hängebleiben und klüftigen Herbeihilfe erforderte. Das Postauto der Feldberglinie hatte schon von der Wochenmitte her den Verkehr oberhalb des Jugendheims einstellen müssen und konnte auch am Sonntag noch nicht wieder wegen der Vereisung durchfahren. Auch unterhalb liegen auf den Schottertreppen noch lange Eisbänder, die Schneeflecken erforderlich machen. Mit den schweren Regengüssen und der Schneeschmelze verbunden, ist ein rasches Ansteigen der Schwarzwaldgewässer eingetreten, das den Niederungen kräftige Erhöhung der Pegelstände bringen wird.

blid Konstanz, 4. Febr. (Der gesamte Schiffsverkehr wieder aufgenommen.) Die warme Witterung am Sonntag in Verbindung mit dem zeitweise herrschenden stürmischen Westwind hat bis zum Sonntag vormittag den weitaus größten Teil des Untersees aufgetaut, sodaß am Sonntag nachmittag der gesamte Schiffsverkehr im Untersee und Rhein wieder aufgenommen werden konnte.

dz Leimersheim (Pfalz), 6. Febr. (Drei Kinder vor dem Ertrinken gerettet.) Auf dem nur noch schwachen Eise unterhalb der Mühle brachen drei Kinder im Alter von 10 Jahren ein. Nur dem glücklichen Umfande, daß sofort Hilfe zur Stelle war, ist es zu verdanken, daß die Kinder vor dem Tode des Ertrinkens gerettet werden konnten.

Kirchliche Nachrichten

Zur Konferenz über „Fragen der Liturgie und Kirchenmusik“ am Dienstag, den 7. Februar, im „Wald“ zu Bruchsal, nachm. 1 1/2 Uhr, lahet die S. S. Westfälischen der Kapitel Bruchsal, Branten und Willibrod, sowie die Herren Decker, Engelstein und Bispingen der St. Michaelskirche freundlich ein. Bruchsal, den 5. Februar 1933. Hoch. Ebdle. Stadtr. an St. Peter, Des. Präses der Kirchenvereine des Bez. Bruchsal/Wetten.

Wetterbericht

Allgemeine Witterungsübersicht. Rastruhe, 6. Februar. Unter dem Einfluß eines kräftigen Teitiefs über der Nordsee dauert die Zufuhr der milden ozeanischen Luft bei uns an. Voraussichtliche Witterung für Dienstag: Fortdauer des milden veränderlichen Westwindes. Wasserstände des Rheins vom 6. Februar, morgens 8 Uhr: Waldshut 218, gef. 48; Basel — 25, gef. 26; Breisach 130, gef. 8; Nehl 233, gef. 19; Maxau 412, gef. 10; Mannheim 278, gef. 34; Gaub 184, gef. 54 Zentimeter.

meldungen des Auftrags als eine Verleumdung großer Teile des deutschen Volkes. Redner appellierte an die Zentrumsfreunde, nun erst recht am Tage der Wahl zu zeigen, daß wir einig, treu und geschlossen hinter unserer Zentrumsparlei stehen.

Bezirksversammlung des Zentrums in Willingen. Willingen, 5. Febr. Wegen die Bemühungen der nationalsozialistischen Presse, durch Verdrehungen und Entstellungen der Tatsachen Verwirrung in den Reihen des Zentrums zu stiften, richtete sich die heutige Bezirksversammlung in Willingen, die sehr gut besucht war und von Redakteur Katz vorbildlich geleitet wurde. Landtagsabgeordneter Schäfer umriß die politische Lage des jetzigen kritischen Augenblicks, das Werden und die „Taten“ der Regierung Hitler, die dem Volke statt Arbeit und Brot den Stimmzettel in die Hand drückt, und die statt die Wirtschaft anzukurbeln, wie sie vorgibt, nun den furchtbarsten Wahlkampf heraufbeschwört, durch den sie das Zentrum als Partei der Mitte gänzlich ausschalten hofft. Der Versammlungsleiter gab hierauf Richtlinien für die Organisation des Wahlkampfes, der entschieden werde, ob in den nächsten Jahren die deutschen Katholiken überhaupt noch etwas zu sagen haben. Die Lage gebietet dem deutschen Zentrum, zu kämpfen und zu ringen wie noch nie. Auf den richtigen Einsatz der Jugend, auf die Aufklärung des weiblichen Teils der Wählerschaft soll besondere Sorgfalt verwandt werden. Die Organisationsvorschlüge der Landesparteileitung fanden einmütige Billigung. Die roge Diskussion unterließ immer wieder mit Nachdruck den Gedanken, daß die uns aufgewungene Verteilungsgestaltung die einträchtige und bebenkenlose Einigkeit aller deutschen Katholiken erfordert für den nun wahrscheinlich mit unerhörter Festigkeit entzündenden Entscheidungskampf um Wahrheit, Freiheit und Recht. An Prälat Dr. Föhr richtete die Versammlung ein Glückwunschktelegramm zur päpstlichen Auszeichnung mit dem Gelübde unerschütterter Treue.

Aus der katholischen Welt

Mexiko im Glaubensstreit

Trotz aller Verfolgungen und trotz der großen Anstrengungen, das mexikanische Volk zu entschärfen, ist dieses seinem katholischen Glauben und seinen Hirten treuer denn je ergeben, während die katholikenfeindliche, tyrannische Verfassung und ihre Auslegung das Volk weithin so sehr bedrücken, daß es wie früher schon jeden religiösen Beistandes beraubt werden soll. Denn darauf läuft die Reglementierung des Artikels 130 der Verfassung hinaus, der in handhabe Weise mit unerträglichen Verpflichtungen und unzulässigen Ermittlungen die Zahl der Priester beschränkt und damit die Ausübung ihres heiligen Amtes unmöglich macht.

Die Verfassung von 1917 verbietet, daß die Religionsgemeinschaften bewegliche oder unbewegliche Güter besitzen oder auch nur verwalten. Sie wurden Eigentum des Staates, der die für den Gottesdienst nach seiner Meinung nötigen Kirchen bestimmt (Art. 27).

Nach Artikel 130, dessen berüchtigte Bestimmungen in weitaus Kreisen der Welt bekannt sind, haben dann ja auch die gelehrenden Körperschaften der einzelnen Staaten die Vollmacht, je nach örtlichen Verhältnissen die Höchstzahl der Kultusdiener zu bestimmen. In welcher unglücklichen Weise die Mehrzahl der Staaten davon Gebrauch gemacht haben, ist bekannt. Was hilft es, daß es dem einzelnen Staatsbürger an sich erlaubt ist, zu petitionieren, wenn dieser Artikel 130 in Absatz 14 die Bildung jeder politischen Vereinigung, die in ihren Satzungen auch nur einen Hinweis auf ein religiöses Bekenntnis enthält, strikte verbietet! Dadurch kann eine den Katholiken freundliche gesetzgebende Körperschaft überhaupt nicht zustande kommen.

Daß natürlich die Zivilrechte in rigoroser Form verordnet wird, nimmt dadurch niemand wunder.

Immer wieder betonen die Bestimmungen, daß jeder Kultusdiener Mexikaner von Geburt sein muß. Dabei sind diese Kultusdiener, also die Priester, bürgerlich völlig entrechtet, sie werden unter Ausnahmsgesetze gestellt, wie sie andere Staaten selbst ihren Ausländern nicht bieten. Sie haben nicht allein nicht das aktive und passive Wahlrecht, dürfen sich auch in keiner Weise politisch betätigen oder gar organisieren, sie dürfen sogar keinen Besitz haben oder erben und dürfen nicht die leiseste Kritik an den Staatsgesetzen und Behördenmaßnahmen äußern, sei es wo immer.

Die verschärfenden Maßnahmen, zu denen die einzelnen Staaten ermächtigt sind, machen das Maß der Leiden für die Katholiken erst voll. Dabei wurden den der Zahl nach viel geringeren Protestanten oft ebensoviel Günstliche zugefunden, wie den Katholiken.

Ein Erlass der Regierung des Staates Chiapas vom 6. Januar 1932 bestimmte: „Die Höchstzahl der Kultusdiener jedes beliebigen Kultus, der im Staate Chiapas besteht oder sich niederlassen wird, wird nicht die Zahl eines für je 6000 Einwohner überschreiten.“

Derselbe Erlass bestimmt außerdem noch (Art. 13), daß die zur Ausübung des geistlichen Amtes ermächtigen Priester „keine Priester oder Studierenden des Priesterstudiums zu Gehilfen in der Ausübung ihres Amtes haben dürfen“, unter Strafe von 300 Pesos Geldbuße oder einer Haft von 15 Tagen; daß der Gouverneur des

Staates nach Belieben die Ermächtigung zur Ausübung des geistlichen Amtes zurückziehen kann (Art. 16); endlich (Art. 17): „Hinsichtlich der Wirkungen dieses Gesetzes werden keine hierarchischen Untergrade unter Priestern anerkannt, so daß unter der Bezeichnung „Priester“ die Geistlichen jedes beliebigen Kultus einbezogen sind.“

Unter dem 12. Mai 1932 teilte auch der Kongreß des Staates Michoacan de Ocampo durch Erlass N. 100 das Staatsgebiet in eine Anzahl Bezirke ein mit der Bestimmung (Art. 8): „Die Höchstzahl der Geistlichen irgend eines Kultus, die in den einzelnen Bezirken das geistliche Amt ausüben dürfen, ist drei“, also 33 Kultusdiener im ganzen Staate.

Artikel 4 dieses Erlasses lautet: „Der Staat als Mitarbeiter der Föderation anerkennt den Religionsgemeinschaften, genannt Kirchen, keine Persönlichkeitsrechte, folglich anerkennt der Staat keine hierarchischen Rangordnungen oder hierarchischen Organismen, wie z. B. Erzbistümer, Bistümer usw., und er betrachtet die Priester als Personen, die einen freien Beruf ausüben, der den bezüglichen Gesetzen untersteht. Folglich wird im Staate kein Geistlicher irgend eines Kultus registriert, der innerhalb des Staatsgebietes ein hierarchisches Amt ausübt oder vertreten hat, sei es als Erzbischof, Bischof, Delegat usw.“

Geisteskämpfe im roten Osten Berlins!

Von Friedrich Schwaibler

Große Geistesströmungen machen weder vor Grenzpfählen halt, noch sind Notverordnungen in der Lage, sie auf die Dauer zu unterdrücken.

Die Geschichte beweist das an Hand unzähliger dramatischer Beispiele, und das tragische Schicksal des russischen Volkes steht für ganz Europa wie eine düstere Mahnung am Horizont des politischen Lebens.

Bir hier, im roten Osten Berlins, empfinden erleben täglich die hegemonisierende Kraft kommunistischer Ideale, die den proletarischen Menschen gefangennehmen. Der Kommunismus ist für die hungernden Massen, für die Wechslosen und Erniedrigten Erlösung, Religion für ihn opfert man Gesundheit, Freiheit, ja sogar das Leben. Wer einmal gesehen hat, mit welcher Begeisterung und Singabe Männer, Frauen, selbst Kinder für ihre Ideen und Partei arbeiten, der ahnt in ihnen die Träger des Staates der Zukunft, und Entsetzen will einen befallen, wenn man mit der Lebenshaltung und der Sittenlosigkeit, die in weitaus kommunistischen Kreisen herrscht, vertraut ist. Keine der politischen Strömungen ist so ernst zu nehmen, wie der Kommunismus. Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, der Untergang des Kommunismus wäre aufs engste mit dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch Sowjet-Russlands verknüpft. Das ist ein Optimismus, der in nichts gerechtfertigt ist. Der Kommunismus hat in einem materialistischen Lebensgebäude westeuropäischer Philosophen seinen Ursprung, dem Karl Marx seine wirtschaftspolitische Formulierung gab. Darum läßt sich sehr leicht das kommunistische Zentrum von Moskau nach Berlin oder einer anderen europäischen Hauptstadt übertragen.

Ein russischer Intellektueller sagte einmal zu mir: „Es lag einmal in unserer Hand, Rußland Gestalt zu verleihen. Wir haben die Gesetze des Materialismus unterworfen. Für den Menschen der guten russischen Gesellschaft gab es keinen Gott mehr. Die Gottlosigkeit griff über auf das Volk. Unfehllich erhob es sich. — Nun ernten wir, was wir gesät haben! Eine Mahnung für das deutsche Volk!“

Gott sei Dank, noch sind wir vor dem Schlimmsten bewahrt. Noch steht eine Schaar treuer Väter, heldenmütiger apostolischer Seelen in vorderster Schlachtfeldfront im Kampf gegen den Antichristen, im roten Osten Berlins, der ja ganz besonders der Sitz des Kommunismus, des Unglaubens, des Gotteshaßes und der Sünde ist. Witten hinein in dieses Berlin, dessen Straßenfronten wie keine andere in ganz Deutschland rot beflaggt sind, dessen Straßen reicher denn sonstwo vom Blut der Bruderbrüder gerötet sind, hat die „Weiße Heidenmission der Johannesmissionare“, deren Mutterhaus in Reutendorf am Rhein liegt, eine Kapelle zur ewigen Anbetung gebaut. Es war nahezu ein phantastisches Erlebnis, als kürzlich vor den Reichstagsgebäuden die Straßen widerhallten von den Schüssen einer terrorisierten Masse, als Schreie der Leidenschaft und politischen Erregung die Dämmerung durchgelitten, im heiligsten der Johannesmissionare aber ein eigener Friede herrschte. Es war, als ob durch die Gegenwart des Eucharistischen Gottes spürbarer denn sonst die Unendlichkeit in die Vergänglichkeit unsere Zeit hineintrage.

In ihrer Einfachheit und ihrem Geheimnis predigte die kleine weiße Kapelle mit elementarem Gewalt den mystischen Christus. Irrend wie empfinden selbst die schlichten Menschen etwas von der „Ana Sancta“ aller Getauften. Die Kapelle war noch voller als an sonstigen Tagen und aus den Herzen aller Andächtigen brach es heilig: „Habe Erbarmen, Du, Christus, mit unseren armen Brüdern“. Und in den bleichen Gesichtern stand ein großes Vertrauen.

Ein Zeugnis ewiger, erbarmender Liebe unseres Gottes ist das moderne Johanneshaus in der Petersburger Straße 77. Kein Aßl, eine Heimat für Heimatlose.

Zwei Millionen Vagabunden, Tüppelbrüder, liegen auf den Landstraßen Deutschlands. Jedes Alter, alle gesellschaftlichen Klassen findet man unter ihnen vertreten. Nicht Abenteuerlust, nicht wilde Romantik treibt die zwei Millionen auf die Straßen, der Hunger macht sie obdachlos, der Hunger, der langsam den Menschen zermürbt, das Tier weckt, ihn sicher den extremsten politischen Richtungen in die Arme treibt.

Berlin ist voll dieser Obdachlosen. Heimot finden sie im Johanneshaus. Das Haus selbst ist mit allen modernen technischen Erfindungen ausgestattet. Desinfektionsapparate, Badeeinrichtungen, Fußbodenheizung für die Pflege kranken. Richte Lageräume mit Wägen, auf der Theaterbühne, Sprechstunde und ähnliches mehr dargeboten wird. Volkshochschule wirken feilsch auf die Wäber der Landstraße, schaffen ein neues Fundament gelinder Weltanschauung und geben Gelegenheit, sich beruflich weiterzubilden.

Der rote Osten Berlins ist durch die Offensive überzogen. Die kommunistische Bevölkerung ist teilweise neuartig, teilweise nimmt sie abwärtsende Stellung ein. Die Kapelle wird stark besucht, auch von Protestanten und Ungetauften, den modernen Heiden.

Kampf um den Menschen im roten Osten der Stadt Berlin!

Die Verhältnisse, die Bière Bande in seinem „Wäbern „In der Panneille von Paris“ und „Das Kreuz auf den Wellen“, schildert, findet man Zug um Zug auch in Berlin.

Da ist Georg, der Top des unterernährten deutschen Proletariats, dem keine Geheimnisse des Lebens mehr fremd sind. Die großen dunklen Augen wissen von Hunger und Not, wissen von jenem entsetzlichen Lebenskampf, der dem proletarischen Menschen von Kind an beschieden ist. Die herben Jüge um den Mund des Jungen sprechen von jener großen Angst, die in der Seele

Artikel 12 schreibt vor, daß die Geistlichen, die die Ermächtigung erlangt haben, ihr Amt nur im Innern der Kirche ausüben dürfen. Kraft Art. 13 „dürfen sie jedoch weder ganz noch teilweise die zu den Kirchen gehörenden Gebäude (d. h. die Pfarrhäuser) zu Wohnungszwecken einnehmen, da diese Immobilien ausschließlich für öffentliche Zwecke zu bestimmen sind“. Kein Priester darf irgend eine Kultushandlung ausüben außerhalb der Kirche, die ihm zugewiesen wurde (Art. 27), unter Strafe einer einmonatigen Haft und immerwährender Entziehung der Ermächtigung.

„Die Geistlichen irgend eines Kultus, die gegen Art. 4 dieses Gesetzes verstoßen, die die hierarchische Autorität ihres Amtes ausüben oder sich anmaßen (Man bemerke, daß der Erzbischof von Moralia, der Hauptstadt von Michoacan, Mgr. Luis Flores, selber der Apostolische Delegat war), werden niemals zur Ausübung des geistlichen Amtes ermächtigt, und wird über sie die Strafe von sechs Monaten Gefängnis verhängt.“

Andere schwere Strafen werden für die Priester festgesetzt, die sich Übertretungen zu schulden kommen lassen, und über die Gemeindebehörden und Gerichte, die nicht mit genügender Strenge die Durchführung des Gesetzes vollziehen.

Die beiden letzten Artikel (37 und 38) bestimmen sogar: „Jede andere Übertretung, die in den vorstehenden Artikeln nicht vorgesehen ist, wird mit einer Geldbuße von 100 Pesos und Gefängnis von einem bis sechs Monaten bestraft“ — und in dieser ganzen Materie „darf den Übertretern bedingungsweiser Straferlass nicht gewährt werden.“

hochsteigt, wenn der Vater betrunken nach Hause kommt und die Mutter würgt und halb zu Tode schlägt.

„Alle sind sie so“, sagt Georg mit seiner herben, trockenen Stimme. „Wann erst einmal die Frau ausgemergelt ist, so ganz bis auf die Knochen, dann läßt man sie sitzen mit einer Stube voll Kinder. — Mein Vater ist nicht anders wie die andern.“

Nur wenn Georg von der Zukunft träumt wird sein Gesicht weich und etwas ist in ihm, wie ein süßes Träumen.

Er hat in der Schule den ganzen Lebensweg des Proletariatskindes mitmachen müssen.

Georg ist häßlich, bleich — die Haare struppig und ungepflegt. — Seine Kleider waren vom ersten Schultag an Lumpen. Ertötetes trug Georg; Schuhe von Erwachsenen — die mühsam und buntingsidene Anzüge, die die Mutter irgendwo geschenkt bekam — oft viel zu groß. Dann sah er wohl auf der Bank! — ganz vorn — unmittelbar vor den Augen des Lehrers. — Der Kraken seiner Jacke ragte über seine absteckenden Ohren hinaus — und wenn er schreiben wollte, mußte er erst die zu langen Ärmel umschlagen.

Dann und wann überkam Schwäche der Jungen. Leichte Schleier, bunte Lichter tanzten dann vor seinen Augen — und die Stimme des Lehrers war weit — weit fort. Manche Tracht bekam Georg wegen seines Träumens — Georg meinte nie. Nur in seinen Augen stand die stumme Frage: Du, Mensch, was habe ich dir getan? —

Wenn Georg auch in der Klasse gedrückt wurde in einem Fach war er allen daran, und der Lehrer mußte ihm darum die Note „sehr gut“ geben: im Zeichen.

Und Georg kann was! Er besitzt ein feines Form- und Farbenempfinden.

Georg kommt in der Woche ein paarmal ins Johanneshaus und bekommt dort mit noch drei andern Jungen Zeichenunterricht. Er hofft, daß er später die Kunstgewerbeschule besuchen kann, um Gebrauchsgeschäfte zu werden. In seinen kommunistischen Ideen jedoch hält er nach wie vor fest.

„Es gibt eben keine andere Partei“, sagte er, „die so entschlossen für uns Proletariat eintritt, wie die kommunistische Partei.“

Einmal sprachen wir über die Macht der Liebe. Da meinte er: „Ja, das ist alles ganz gut, aber die Gewalt wird doch Sieger sein.“

Und wie bei diesem Jungen, so ist es auch bei anderen Kommunisten, erst recht bei den Erwachsenen. Es ist ein Ringen um den Einzelmenschen. Zu sehr wirkt eben die Not — ganz besonders da draußen in der Kammelle — auf das Seelenleben der Armen ein. Weltanschauung, Religion ist zur Droßfrage geworden.

Einer der schlichten Johannesbrüder sagte einmal zu mir: „Nur durch das Opfer unserer ganzen Persönlichkeit werden wir in der Lage sein, langsam an Boden zu gewinnen. Selbstverständlich ist das Tor zur jenseitigen Hilfe zunächst die Bänderung leiblicher Not. Tausende im roten Osten leiden bitteren Hunger, und in religiöser Hinsicht ist nur dann etwas zu erreichen, wenn bei dem einzelnen die Not irgendwie gelindert werden kann. Die Mittel der Johannesmissionare sind nur beschränkt. So schauen sie nach Freunden aus, die helfen können und wollen.“

Von der Christiamisierung des deutschen Kommunismus hängt das Schicksal Deutschlands ab und nicht zuletzt die Zukunft Europas.

Geistesstumpf um den Menschen im roten Osten Berlins. Wer wird Sieger sein? Mit nationalsozialistischen Wägen und SA's ist nichts geschafft. Hier ist vielfach schlimmerer Materialismus zu treffen. Nur katholische Aktion wird helfen können mit Liebe und nimmermüder Arbeit.

Vor Selig- und Heiligensprechungsprozessen

Wohl am meisten Arbeit wird infolge der Verkündung des hl. Jahres nun der Missionen erwachsen, da einige bedeutende Kanonisationen während des hl. Jahres vorgenommen werden sollen. Die neueste Sitzung der genannten Kongregation behandelte soeben Fragen betr. Seligsprechung bzw. Heiligensprechung des sel. Vincenzo Strambi, Bischof von Vercelli und Tolentino; des sel. Don Joh. Bosco; des sel. Konrad von Parham O. M. Cap.; der sel. Ludovic de Marillac, verm. Le Gras; der ehern. Martin da S. Nicola und Melchior da S. Agostino, Augustiner-Eremiten und Märtyrer von Manila; der ehern. Rocco Gonzales da S. Cruz, Alfonso Rodriguez und Johann de Castillo aus der Gesellschaft Jesu, Märtyrer der Erzbischof Buenos Aires; der ehern. Maria Antigo, Maristin von Bergpigan; und der ehern. Paola Ruiz, Karmelitin von Vich.

Der erste annamitische Bischof

Auf Ersuchen der Pariser Missions étrangères hat der hl. Vater den annamitischen Priester J. V. Long, gegenwärtig Pfarrer der wichtigen Pfarrei Thinh in Saigon, zum Weihbischof von Bhat-Diem ernannt; damit ist der Herzenswunsch des betagten Bischofes von Bhat-Diem, Mgr. Marcou, in Erfüllung gegangen, der während 40 Jahren der großen und schwierigen Missionsdiözese vorstand. Die Ernennung des 1886 zum Priester geweihten annamitischen Pfarrers Long eines der bedeutendsten Kanzelredner seines Landes, zum ersten eingeborenen Bischof des Landes stellt ein historisches Ereignis dar, das angesichts der Hochflut nationalistischer mit kommunistischen Strömungen durchsetzter Propaganda seine ganz besondere Bedeutung gewinnt.

Leben und Sterben eines Bischofs

Am 6. Januar ist der erste Bischof von Ostibirien, Mgr. Sitnowski, im 88. Lebensjahre in der Nähe von Wladivostok gestorben. Er wurde nach Angaben, die wir dem „Oferatore Romano“ entnehmen, im Jahre 1846 bei Warschau als Sohn einer Adelsfamilie geboren, betrieb zunächst in Warschau und Petersburg technische Studien und erwarb das Ingenieurdiplom. Später fertigte er jedoch um und widmete sich dem Priesteramt, zu dem allein er sich innerlich berufen fühlte. Er belobete zuerst einige Posten im westlichen Landessteilen. Alsdann wurde er, der bei den Behörden wegen seines Eifers nicht gut angesehen war, in das Innere Rußlands, nach Kajan, versetzt, wo er als Pfarrer hervortragend wirkte. Hier wie in früheren Wirkungsgebieten wandte er erhebliche persönliche Mittel für die Ausstattung der Kirche und des Kultus auf. Im Jahre 1911 kam er nach Wladivostok, wo er bis 1921 blieb. Die dortigen Katholiken, fast ausschließlich Polen, fanden in ihm einen warmen Freund und eifrigen Seelenhirt. Dank seinen einzigartigen persönlichen Gaben, nicht zuletzt seinem Takt, erzwang er sich sogar die Achtung der Bolschewiken, wenn sie ihm auch an allen Ecken und Enden Schwierigkeiten und Schikanen zu bereiten suchten. In Wladivostok gelang es Sitnowski unter Überwindung ungeheurer Schwierigkeiten und wieder unter Aufwand eigener Mittel den Bau der schönen gotischen Kathedrale zu Ende zu führen. In Würdigung seiner Verdienste erhielt er am 2. Februar 1923 die Bischofswürde, und zwar mit dem Titel des Apostolischen Vikars von Ostibirien. In den letzten Jahren war Bischof Sitnowski der schärfsten Verfolgung durch die Bolschewiken ausgesetzt. Er wurde aus seinem Hause gejagt und schließlich gezwungen, die Stadt Wladivostok zu verlassen und sich 20 Kilometer von der Stadt entfernt in einer miserablen Wohnung niederzulassen. Trotzdem hörte er nicht auf, seinen Gläubigen zu helfen und an den schmerzlichen Heimlichen der verfolgten Katholiken aktiven Anteil zu nehmen. Selbst mangelte es ihm am Notwendigen, und sein Leben bestand nur aus Entbehrungen und Demütigungen. Nach der Deportation des Bischofes Jurkewitsch in das grausame Exil der Solowki-Inseln hat ganz Ostibirien gegenwärtig keinen einzigen katholischen Priester mehr, und die Kathedrale von Wladivostok bleibt von den Bolschewiken besetzt.

Die Missionäre Australiens in Schutz genommen

Im Senate der Commonwealth of Australia griff Senator Collings (Oceania) die katholischen Missionen unter den australischen Ureinwohnern aufs schärfste an und erklärte: „Die meisten Missionen sind lästige Erwerbsgesellschaften.“ Der australische Kriegsminister, Sir George Pearce, ergriff die Verteidigung der Missionen. Er erklärte namentlich: „Soll die Welt annehmen, unser Parlament lasse eine Erklärung unüberdacht, daß die Missionäre nicht im Interesse der Eingeborenen arbeiten, sondern sie — wie ein ehrenwerter Senator behauptet hat — ausbeuten? Ich kann diese Behauptung nicht dulden. Sie ist nicht wahr. Im Gegenteil; es gibt genügend Zeugnisse für den Wert der hebedenden und erzieherischen Tätigkeit, die von den christlichen Missionen nicht nur in Neu-Guinea, sondern auch in andern Ländern geleistet wird.“

Der Kriegsminister führte dann zum Beweise die von uns bereits früher an dieser Stelle mitgeteilte Rettung der deutschen Flieger an, die allein den katholischen Missionen und ihrem Einfluß auf die wilden Volksstämme jener Gegend zu verdanken ist Belgien.

Das hl. Jahr in Paris

In Paris sind für das hl. Jahr verschiedene kirchliche Feierlichkeiten geplant die weit über die Grenzen Frankreichs hinaus Beachtung finden werden.

Flugzeugunglück bei Eichwalde

ROMAN VON RALF LANGE

34)

„Gast du ihm gesagt, daß wir verlobt sind, Gisela?“

„Warum sollte ich es ihm nicht sagen?“

„Gewiß. Es war eine törichte Frage. Ich freue mich sehr über das alles, Gisela. Für dich und für mich. Ich werde ihn auffuchen.“

„Am besten gehst du Mittwoch gegen elf Uhr zu ihm. Ich glaube, er sagte mir, daß Mittwoch immer der beste Tag für solche Besprechungen sei.“ Sie sagte es mit einer großen Anstrengung, denn sie fühlte, daß sie nicht mehr lange über diese Dinge sprechen konnte.

„Wer ist Wittkopf?“

Sie fuhren herum und sahen auf Vera, die unbemerkt eingetreten war.

„Wittkopf ist der Generaldirektor der Deutschen Chemischen Werke, die Georgs Präparate herstellen und ankaufen sollen, und zugleich mein höchster Chef“, sagte Gisela schnell gefast.

„Das ist doch eine wunderbare Chance für dich, Georg“, meinte Vera lächelnd.

„Jetzt glaube ich es auch“, sagte Georg, sah nach der Uhr und griff erschrocken nach seinem Hut. „Mein Gott, wenn ich nur den Zug noch erreiche.“

Der Abschied war ein wenig überstürzt.

„Ich freue mich, daß dir der Schritt gelungen ist. Ich kann dir nicht sagen, wie sehr ich mich freue, Georg.“ Gisela drückte fest seine Hand.

Als sich die Tür hinter Georg geschlossen hatte, lehnte sie sich eine Sekunde erschöpft gegen den Tisch.

„Was ist dir, Gisela?“ fragte Vera besorgt, als sie ihr blaßes und müdes Gesicht sah.

Gisela riß sich zusammen und versuchte zu lächeln.

„Ich kenne Vera nicht mehr, dachte sie und versuchte, sich ihrem forschenden Blick zu entziehen. Ich muß sie erst wieder kennenlernen, ich darf ihr nichts sagen.“

„Nächst du Georg?“ fragte Vera behutsam und legte ihren Arm mit einer mütterlichen Härlichkeit um die junge Schwester.

Gisela sah zu ihrem besorgten Gesicht auf.

„Ich liebe ihn so sehr, daß ich ihn eben belogen habe.“

„Mein tadleres Schwesterchen“, sagte Vera leise und preßte sie tröstend an sich, als sie Tränen in Giselas Augen sah.

Nach einer Weile fragte sie leise: „Wer ist dieser Wittkopf, Gisela?“

Gisela löste sich aus der Umarmung und glitt auf den Stuhl. Sie sah auf ihre verschlungenen Hände und sagte nach einem tiefen Atemzug: „Du standest an einem Morgen verzweifelt auf dem Flughafen in Tempelhof. — Er wollte dich retten, Vera.“

16. Kapitel.

Dr. Georg Daghofer hatte das Gefühl, daß es zwecklos sei, mit diesem Herrn Zacharias auch nur eine Sekunde länger zu sprechen. Diese Besprechung drohte sonst in einen widerwärtigen Stuhhandel auszuarten, wie er ihn bei den ersten Verhandlungen über die Herstellung seines Präparates „Diteolysin“ erlebt hatte. Erschwerend kam hinzu, daß Herr Zacharias außerordentlich elegant war und eine herausfordernde Art hatte, seine sehr gepflegten Hände zu betrachten. Diese Betrachtung war immer von einem arroganten Lächeln begleitet. Georg Daghofer hatte für Männer solcher Art kein Verständnis, denn er hielt sie für oberflächlich.

Er trug einen abgetragenen und schlecht sitzenden Anzug, und seine Hände waren rissig und hatten stumpfe, kurze Fingernägel. Es wäre ihm höchst lächerlich erschienen, vorher seine Sohle mit messerscharfen Bügelfalten zu versehen, ehe er in den Kampf gegen die Rachitis zog. Wer sich ganz auf seine Lebensaufgabe konzentriert hatte, konnte unmöglich Gedanken und Zeit für solche Dinge haben.

Zacharias gab ihm die „Deutsche medizinische Wochenschrift“ zurück und sagte sehr höflich: „Es ist ein ausgezeichnete Artikel, Herr Doktor. Ich bin überzeugt, daß Ihr Bioton wissenschaftlich eine Umwälzung bedeutet. Aber Geschäft und Wissenschaft sind zwei ganz getrennte Dinge.“

„Ich sprach noch nicht vom Geschäft. Es kommt erst in zweiter Linie. Es handelt sich nur darum, daß mein Präparat ganz billig sein muß, denn es sollen die Ärmsten unter den Armen kaufen können.“

„Ich verstehe Sie vollkommen, Herr Doktor. Gerade an Ihrer humanen Einstellung, die Sie ehrt, werden Ihre Forderungen scheitern. Es ist tragisch, aber nicht zu ändern. Ein Präparat, das billig sein soll, verträgt naturgemäß keine großen Belastungen. Das werden Sie einsehen. Eine einmalige Pauschalsumme dürfte hier die einzige Lösung sein.“

„Wir wollen nicht von meiner Bezahlung sprechen, Herr Zacharias. Ich will von Ihnen zunächst wissen, ob Sie prinzipiell bereit sind, nicht ohne mich einen Preis für das Präparat festzusetzen und mir die Kontrolle über die Fabrikation zu überlassen. Alle anderen Fragen sind zunächst unwesentlich.“

Zacharias entfernte mit spitzen Fingern und wichtiger Miene ein Stäubchen von seinem Kermel.

„Sie sind kein Geschäftsmann, Herr Doktor“, sagte er dann mit einem verbindlichen Lächeln.

„Ich glaube, diese Feststellung ist ohne Bedeutung für unsere Verhandlung, Herr Zacharias.“

„Das ist ein Irrtum. Ein fundamentaler Irrtum, Herr Doktor. Wenn Sie ein Geschäftsmann wären, würden Sie nämlich mehr Verständnis für unseren Standpunkt haben. Man kann ein Geschäft nicht von hinten anfangen. Ein Geschäft beginnt immer mit dem Preis. Ehe man sich nicht darüber einig ist, sind alle anderen Erörterungen platonisch. Also klipp und klar, Herr Doktor, was wollen Sie für Ihr Präparat haben?“

„Sie scheinen Bioton mit einem kosmetischen Mittel gegen Haarausfall oder schlechten Teint zu verwechseln, Herr Zacharias. Bei solchen Mitteln kann man von einem Geschäft reden und um einen Preis handeln. Es geht hier aber um andere Dinge. Es geht um die Gesundheit von Millionen Kindern. Das bedeutet für mich eine ungeheure

Verantwortung. Ich muß davon überzeugt sein, daß mein Präparat gewissenhaft nach meinen Angaben dosiert wird, deshalb muß ich auf einer Ueberwachung der Fabrikation bestehen. Ich muß aus denselben Gründen dafür sorgen, daß der Preis des Präparates kein Hindernis für die Gesundung der kranken Kinder ist. Aber das hat alles nichts mit einem Geschäft zu tun, Herr Zacharias. Es geht mein ärztliches und menschliches Gewissen an.“

„Das haben Sie wirklich ausgezeichnet gesagt, Herr Doktor. Aber Sie haben kein Wort von unserem Risiko erwähnt. Sie wollen unser Kapital benutzen, um Ihre Pläne durchzuführen.“

„Dafür verdienen Sie ja, Herr Zacharias.“

„Sie wollen aber dafür sorgen, daß wir nichts verdienen. Wir sind aber Kaufleute, die verdienen müssen. Das ist der Sinn unseres Konzerns, Herr Doktor“, sagte Zacharias plötzlich in einem schärferen Ton, denn er fühlte, daß er mit diesem hartnäckigen Doktor nicht weiterkam.

„Sie scheinen mich für unklug zu halten, Herr Zacharias. Es ist Ihr Fehler, wenn Sie es tun. Ich weiß sehr genau, was ich will und wo die Grenzen meiner Forderungen sind. Seien Sie überzeugt, daß unsere Verhandlungen niemals an der Höhe des Honorars scheitern werden, das ich schließlich für meine jahrelange Forschungsarbeit verlangen darf. Ich

kann es aber auf keinen Fall zulassen, daß man mir kategoriale Bedingungen stellt, ehe wir über das Wie verhandeln haben.“

Zacharias beugte sich ein wenig vor und sein finstres Gesicht, aus dem plötzlich jede Verbindlichkeit verschwunden war, ließ vermuten, daß er zu einem heftigen Angriff gerüstet war.

Doch der Eintritt des Generaldirektors Wittkopf verschob plötzlich die Situation.

„Guten Morgen, meine Herren.“ Wittkopf sah Daghofer einen Augenblick prüfend an, eilte dann sofort auf ihn zu und streckte ihm die Hand entgegen.

„Mein Lebensretter! Das ist wirklich nett von Ihnen, mich einmal zu besuchen.“

Zacharias machte ein betretenes Gesicht, als sei er eben von der Einsicht überrascht, sich ein wenig ungeschickt benommen zu haben.

„Sie übertreiben, Herr Generaldirektor. Ihr Leben war nicht bedroht, als ich Sie damals verband. — Sie waren so freundlich gewesen, mich zu einer Besprechung wegen meines Präparates zu bestellen.“

Wittkopf trat einen Schritt zurück. Er suchte sich dieser „freundlichen“ Bestellung zu entsinnen und hatte plötzlich eine unangenehme Ahnung. „Wie war doch Ihr Name, Herr Doktor?“

„Daghofer. Ich bin der Verlobte von Fräulein Ingenohl.“

„Ah, Sie sind der Verlobte —“, sagte er ein wenig verwirrt. „Kommen Sie doch in mein Büro.“ Das war eine sachliche Aufforderung.

Zacharias sah ihnen unruhig nach, als sie in das Privatkontor traten.

„Nehmen Sie bitte Platz, Herr Doktor. Fräulein Ingenohl erzählte mir von Ihren Plänen. Sie wollen der Rachitis zu Leibe rücken.“

(Fortsetzung folgt.)

Für oder gegen christliche Sozialpolitik!

Paris, 3. Februar. (Eigener Bericht.)

Der Berliner Korrespondent der katholischen „Gloire“ schreibt auf Grund eingehender Befragungen in maßgebenden katholischen Kreisen Deutschlands einen lebenswerten Aufsatz in dem er feststellt, daß die Bildung des Kabinetts Hitler-Hugenberg-Baden eine besondere Bedeutung habe: für oder gegen christliche Sozialpolitik! Wenn die Berufung Hitlers an die leitende Stelle im Reich ihre Bedeutung habe, komme einem anderen Ereignis doch nicht geringere Bedeutung zu, und das Ereignis bestehe darin, daß die Parteien, die den deutschen Katholizismus in seiner Zielfklarheit vertreten, systematisch aus der Mitarbeit mit der neuen Regierung ausgeschlossen sind. Trotz uneigennütziger Bemühungen zu einer nationalen Sammlung zu gelangen, werde die Partei des Zentrums und die gesinnungsverwandte Bayerische Volkspartei von der Ausschließung betroffen. Diese Ausschließung sei darauf zurückzuführen, daß die Zentrumspartei nichts anderes als eine christlich-soziale Partei sei.

Der Berliner Korrespondent des katholischen Pariser Blattes, Henri Jean Duteil, fügt hinzu, daß jeder politische Versuch, soziale Tendenzen in die Regierung hineinzutragen, von der Umgebung des Reichspräsidenten beurteilt und zum Scheitern gebracht werde. Die Verabschiedung Schleichers gehöre zu diesem Kapitel. Man habe dem General nicht seine sozialen Tendenzen verzeihen, von denen wenigstens ein Teil sich mit der christlichen Sozialpolitik decken habe. Etwas Ähnliches könne man im linken Flügel der NSDAP sehen, wo die um Straßer die „Beherrschung“ Hitlers durch Hugenberg und Baden nur ungern sehen und auf die erste beste Gelegenheit zum Widerspruch warten. Sie würden dazu wohl den Augenblick benützen, in dem an der Glut der praktischen Leistungen die immerhin imposante Gestalt des Agitators Sittler dahinschmilzt...

Moskau und Hitler

Es ist interessant, das Verhalten der beiden Hauptorgane des russischen Bolschewismus zu den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland zu verfolgen. Während die

„Pravda“ als das Organ der kommunistischen Internationale die deutschen Kommunisten offen zum Sturz des Faschismus auffordert und in Berliner Berichten ankündigt, daß Kommunisten und Sozialisten sich in vielen Betrieben bereits zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen hätten, erklärt die regierungsoffizielle „Iswestija“, es sei schwer, vom russischen Gesichtspunkt aus ein gradliniges Verhalten gegenüber der „Umwälzung“, die sich zweifellos vollziehen habe, zu bestimmen. Die Regierung Deutschlands unterhalte, ob sie zur Rechten oder zur Linken gehöre, Beziehungen zur Sowjetunion, und es sei undenkbar, daß wegen einer ausgesprochenen Rechtsregierung in Deutschland ein Abbruch der diplomatischen und noch weniger der wirtschaftlichen Beziehungen erfolge. Der deutsche Außenminister sei auch der gleiche geblieben, was bedeute, daß der Kurs der deutschen Außenpolitik nicht geändert werde. Hitler sei zwar kein Mussolini, aber wenn Mussolini Wert auf Beziehungen zur Räterepublik lege, werde das auch bei Hitler der Fall sein.

Frankreich vermittelt Freilassung katholischer Geistlicher der Sowjetunion

In kirchlichen Kreisen verlautet, daß als Beweis der ausgezeichneten Beziehungen zwischen der französischen Regierung und dem Vatikan, die sich in der letzten Zeit herausgebildet haben, die französische Regierung entschlossen ist, in Moskau die Entlassung einer Anzahl katholischer Geistlicher russischer Nationalität aus Gefängnis, Zwangsarbeit und Verbannung vorzuschlagen gegen Freigabe einiger russischer Bolschewisten, die in Frankreich wegen Aufreizung in Heer und Marine festgenommen und bestraft wurden. Es soll sich um 7 solcher Agitatoren handeln, gegen die neun Geistliche, darunter zwei Bischöfe, freigelassen werden sollen. Die Verhandlungen sind bereits eingeleitet, und sollen schon in den ersten Februartagen weitere Einzelheiten bekannt werden.

Südslawischer Bischof mit Gefängnis bestraft

Der „Stampa“ wird aus Rom berichtet, beim Heiligen Stuhl sei die Nachricht eingetroffen, daß der katholische Bischof von Beglia, Mons. Strebennie, wegen eines Hirtenbriefes gegen die freimaurerisch orientierten Sokols zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt worden sei. Damit habe man den Kulturkampf eröffnet.

Die „große Linie“ der Zentrumspolitik

Newyork, 3. Februar. (Eigener Bericht.)

In einer längeren Betrachtung über Reichstagsauflösung, Regierungsfundgebung und nationalsozialistische Neukernung in der Presse führt ein Artikel der „Newyork Times“ aus, aus der Zentrumspolitik der letzten Tage, die ja den „Vorwand“ zu der Reichstagsauflösung liefern mußte, gehe wieder die „große Linie“ hervor, die man im Ausland schon so oft bewundert habe. Es sei nicht daran zu zweifeln, daß diese Partei und ihre Schwesterpartei im Bayernlande auch bereit gewesen wären, der „ausgeprägten Rechtsregierung“ stützende Flügelstellung zur Mitte hin zu gewähren, freilich aber nur unter verfassungsmäßigen Garantien und anderen Sicherungen der Volksinteressen, die neben den Volksrechten doch auch noch existieren. Zu diesen Volksinteressen gehörten nämlich die Vermeidung jeder Inflation und das Organisationsrecht. Die Fragen, die der „mohlerfahrene Zentrumsführer“ Herr Sittler unterbreitete, seien nichts Unbilliges, vielmehr etwas ganz Selbstverständliches, das aus der politischen Grundeinstellung der Zentrumspartei und ihrer bayerischen Freunde hervorgeht. Die Fragen galten der Ausschaltung von Experimenten während des „parlamentarischen Jahres“, und sie entbrangen der schon erwähnten „großen Linie“ der Zentrumspolitik. Daß sie nicht beantwortet wurden, sei einfach unbegreiflich. Vielleicht werde eines Tages der „höfe Geist“ offenbar, der die Beantwortung verhindert habe.

Im Amsterdamer „Telegraaf“ heißt es zur Haltung des Zentrums gegenüber der Hitler-Regierung, das Zentrum könne seine Hände in Unschuld waschen. Wenn man ein Jahr lang toleriert sein wolle, müsse man auch in seine Karten blicken lassen. Auf die Fragen hätte ein geschulter Staatsmann in zehn Minuten antworten können, wenn es ihm an Verständigungsmöglichkeiten gelegen wäre.



Der Lorbeerkranz für die „Emden“

Der in einem Eisblock eingefrorene Lorbeerkranz, den der australische Kreuzer „Sidney“ jetzt nach Deutschland gesandt hat als Ehrung für die tapfere Besatzung der „Emden“. Die „Sidney“ war es bekanntlich, die bei den Kokosinseln die weit schwächere „Emden“ nach einem Feuergefecht versenkte. Der Lorbeerkranz, diese ritterliche Geste der australischen Regierung, wird in der Garnisonskirche von Wilhelmshaven seinen bleibenden Platz erhalten.



Aus der Landeshauptstadt

Nr. 38

Dienstag, den 7. Februar

1933

Karlsruher Querschnitt

Leute, über die man sich ärgert, und die garnicht schuld sind!

Ärgerisereget gibt es überall, auch in Karlsruhe. Ärgerisnehmer allerdings noch viel mehr! Man ärgert sich über mancherlei. Täglich, von früh bis abends. Der Durchschnittsmensch ärgert sich zwar nicht so viel wie der Spieler, aber Gelegenheit bietet sich auch ihm zur Genüge. Da begegnet man z. B. morgens auf dem Weg zur Arbeitsstätte einem, den man nicht leiden kann, und nimmt das als böses Omen mit. Es stimmt auch, denn in der Frühstückspause wird festgestellt, daß das Brot daheim in beschaulicher Weise sein verlängertes Dasein fristet. Die zeitlichen Differenzen dieser tragischen Begebenheiten werden zwar den kausalen Zusammenhang, aber man ärgert sich. Dabei bleibt es jedoch nicht, bewahrt, jetzt geht es recht die Schuld zu suchen, und wenn man keinen Schuldigen findet, dann ärgert man sich erst recht. So geht es tagen, tagaus. Man ärgert sich vor Post- und Fahrkartenschaltern, im Abteil, auf der Straßbahn, auf dem Finanzamt, teils mit, teils ohne Berechtigung, teils laut, teils leise. Manchmal werden auch die Hände und — später — der Rechtsanwalt zu Hilfe genommen. Nun gibt es bestimmte Leute, auf die konzentriert sich der vom Alltag herausgeschwippte Ärger der Allgemeinheit. Der Born einer ganzen Stadt oder wenigstens eines Stadtviertels umbrannt hat. Das Schicksal hat sie in diese feurige Höhe gestellt. Da wäre zunächst der Verkehrsschupo am Montag. Dem macht er es recht? Keinem! Grund: jeder muß sich nach ihm richten. Darüber sind alle ergrimmt. Was fällt ihm ein, jenen harmlosen Spaziergänger zurückzuhalten, nur weil er quer über den Platz gehen will? Warum gönnt er dem Mann nicht das harmlose Vergnügen, sich einen Mercedes-Benz über die Weine fahren zu lassen, noch dazu, wo wir im Krankenhaus zu ausgeglichene Chirurgen haben! Inerhört! Er bringt es sogar fertig, Autozusammenstöße zu vermeiden, und nimmt uns Zeitungsschreibern die Gelegenheit vor der Nase weg, über solche Verkehrsschuldigen zu schreiben. Also weg mit dem Mann! Da ich gerade von Zeitungsschreibern schreibe... die sind natürlich kein Haar besser. Besonders der Pressefotograf, der immer dann kommt, wenn man ihn nicht haben will. Eines Tages steht man dann in der Zeitung, man weiß garnicht wie und wird von allen ausgelacht, weil man das Gesicht nicht rechtzeitig auf Würde einstellen konnte, sondern in unformiger Willkür vom Objektiv verschluckt wurde. Auch das sollte in einer blühenden Republik nicht mehr vorkommen! Ein ganz besonderer Ärgeriseregeter aber ist die Zeitungsfrau. Sie bringt die Leute straßenweise in Aufruhr, wenn sie z. B. Montags zehn Minuten später erscheint. „Die Zeitung noch nicht da? Verfluchte Bummellei! Morgen bestelle ich ab.“ Und die ganze gute Vormittagsstunde ist verdorben, der verborgene Quell finsterner Resignation bringt durch und mit Nebenblättern wird die arme Zeitungsträgerin empfangen. Ihre Kunden ärgern sich über sie je einmal, sie ärgert sich etliche hundert Male. Obendrein darf sie diesen Prekursorger heile nicht etwa aus ihrem Innern herauszuschleudern, sondern muß, gräßliche Worte unterbrügend, noch erklären: „Maschinendefekt... Zeitung später... Morgen wieder pünktlich!“ Hunderte Male! Und dazu noch: „Guten Tag“ und „Auf Wiedersehen!“ — Nächsten Sie Schupo der verkehrtschuldigen Stelle von Karlsruhe sein? Zeitungsträgerin? Pressefotograf? — Schon eher, dann kann man sich doch gelegentlich rächen, beispielsweise den pp. Mitbürger und Zeitgenossen XY auf die Blatte bannen und unter das Bild schreiben: Ein sonderbarer Typ. Auch wenn nichts sonderbares an pp. XY zu entdecken ist. Die Tatsache, daß sein Bild in die Jahrbücher eines entsprechenden Begleitartikels gerät, und sein sonst normales Gesicht von den jahres-spitzen Buchstaben zerkratzt wird... das alles macht aus dem Normalbürger eine Typpe. Und wenn der Journalist es noch nicht „geschickt“ genug gemacht hat, „gute Freunde“ gibt es kundendweise, die lesen es bestimmt heraus und freuen sich unheimlich. (Das aber ganz unter uns!)

„Schlipslos“ — die neueste Mode

Die Mode, wir wissen es, ist launischer als die launigste Frau. Was heute als „Mode torheit“ belächelt wird, kann morgen schon ein Zeichen von vornehmer Welt sein. Und ebenso umgekehrt: ein richtiggehendes Gesellschaftsspiel, das in Generationen nicht zu Ende geht und die Hensel in derselben „unmöglichen“ Skostimierung bei Tisch sieht wie dasmal die Ahnen. Lassen wir aber einmal die Damenmode aus dem Spiel — sie ist sowieso keine Sache, in die sich Männer, außer unterm Schuß der Anonymität, einlassen sollten. Von „Dereenmoden“ zu sprechen, liegt nun wiederum kein eigentlich sachlicher Grund vor, es sei denn, die Farbe der Schlipse steht in Rede, was mitunter, um der Wahrheit die Ehre zu geben, allerdings zu seltsamen Komplikationen von ungeachteter Tragweite führen kann. Daß der Hut fiel — im Sommer natürlich nur — geht auf Konto der neu erwachten Frei-Licht- und Luftbewegung und leider zu Lasten der Strohhutfabrikanten. Von der weißen Sommerweste bis zum völligen Verzicht war sozusagen nur ein Schritt, der Befinnung nämlich, daß man sie auch ganz auslassen könne. Und da die Modensart: „Das Hemd ist mir näher als der Rock“ vorläufig zum allgemeinen Glaubenssatz erhoben wurde, lag paradoxerweise nichts näher, als daß sich der Rock für die Zurücksetzung rächte: mit einem umfassenden Sommerfrost. Und der Krage? Den braucht man zur Anbringung des Schlipses, wenn nicht gleich Apachen-Gewohnheiten einreifen sollten. Bis vor kurzem noch! Denn auch der Schlips fiel jetzt unter dem Schwert der Moderechter wie feinerzeit der Chinesenzopf. Und gleich so raschlag, daß nicht Stumpf noch Stiel, noch nicht einmal der so

Was geschieht am 1. April?

Sorgen vor dem Umzugstermin / Wer hat gekündigt und wer zieht?

Bei vielen Hausverwaltern herrscht in diesen Tagen Hochbetrieb. Aber es ist wie am silbernen Sonntag: die Mehrzahl der Besucher sind „Schleute“. Sie kommen, um Wohnungen zu besichtigen. Es gibt nicht viele Karlsruher Häuser, in denen keine Leerstellen oder doch ab 1. April leerstehen werden. Vielmehr, man muß das präzis ausdrücken, es gibt nicht viele Häuser, in denen nicht Mieter zum 1. April gekündigt haben.

Die Kündigungswelle, die am 1. Januar auf Karlsruhes Hauswirte niederging, hatte eine ziemlich erhebliche Wucht. Ihr besonderes Merkmal war, daß sich die Kündigungen nicht mehr in der Hauptsache auf große Wohnungen erstreckten, sondern daß diesmal hauptsächlich mittlere Wohnungen gekündigt wurden. Die Flüchtlings- und Mietreduktionen gendert. Jetzt erfolgte die Flut der Kündigungen die Bierzimmerwohnungen. Aber auch Drei- selbst Zweizimmerwohnungen wurden in erheblichem Umfang gekündigt. Und fast alle diese Kündigungen besahen sich auf den Termin: 1. April.

Wird Karlsruhe an diesem Tage eine neue Völkerwanderung erleben? Die vielen Kündigungen sprechen dafür. Aber bei näheren Erfundigungen stellt sich doch heraus, daß auch hier nicht alles so heiß gegefien wird, wie es getocht ist.

Die Kündigungen sind zwar ausgeprochen, aber nicht jeder, gekündigt hat, zieht auch.

Denn das Finden einer neuen Wohnung macht Schwierigkeiten. Nicht etwa, weil nicht genügend Wohnungen da sind. Allerdings ist gerade bei den meist verlangten Kleinwohnungen die Nachfrage ungleich größer als das Angebot, und eine gute Wohnfläche gilt geradezu als Dorado, das zu erreichen das Ziel von zahllosen Suchenden ist. Wo eine Wohnfläche leer ist oder wird, da drängen sich die Mieter. Das beweist schon, daß die Vermietungsfrage zum 1. April weniger ein Problem des Leerraumes ist als ein Finanzproblem.

Völkerwanderung am 1. April? Es hat sich herausgestellt, daß eine große Anzahl von Kündigungen, vielleicht sogar die Hälfte der Kündigungen überhaupt, nicht die Absicht der Wohnungsaufgabe in sich trugen, sondern eine Mietsverabreichung bezweckten.

Die Mieter bemühten das Druckmittel der Kündigung, um den Miet zu veranlassen, die Miete herunterzusetzen. Sie gingen dabei von der Annahme aus, es müsse dem Hauswirt lieber sein, eine geringere Miete zu bekommen als gar keine. Denn sie hatten Anlaß zu vermuten, daß nach ihrem Fortzug die Wohnung leerstehen würde. Vielmehr: sie wußten, daß der Hauswirt zu dieser Vermutung Anlaß hatte. So sind denn in vielen Karlsruher Häusern Verhandlungen zwischen Mietern, die gekündigt haben, und den Hauswirten im Gange.

Grippe — Grippe . . . Die Zahl der Erkrankungen steigt

Die Grippe ist — nicht zuletzt angesichts des feuchtkalten Wetters — in Karlsruhe weiter im Steigen begriffen.

Wie ganz Europa augenblicklich von der Grippe welle überflutet ist, erkennt man auch am Rundfunkempfang. Von allen Hauptstädten Europas melden die Anlager der Rundfunkstationen die Grippe welle, die kein Land verschont hat. Am heftigsten ist von allen Wellen ein allgemeines Husten und Niesen, denn natürlich sind auch die Anlager gegen die Grippe nicht immun. Der Londoner Rundfunk mußte sogar mitteilen, daß technische Personal den Mikrophonendienst übernommen hat, weil hauptsächlich alle Anlager krank sind! Ein schottischer Bezirksleiter des englischen Rundfunks mußte sogar die gesamte Rundfunkarbeit einstellen und die Welle schweigt, weil tatsächlich das ganze Funkhaus krank ist. Ähnliche Meldungen kommen auch vom skandinavischen Rundfunk.

In Kopenhagen und Stockholm stößt nach Meldungen der dortigen Sender auch der Telegraphenverkehr, weil über 50 Prozent der Damen von den Telephonistinnen krank sind. In Spanien erlassen die Rundfunkstationen Aufrufe an die Bevölkerung mit Verhaltensmaßregeln gegen Grippe. Aber auch die baltischen Länder Lettland, Litauen und Estland leiden unter der Grippe.

Der Sender von Riga mußte das künstlerische Programm abjagen, weil auch hier die Grippe alle Künstler ergriffen hat. Die Grippe geht durch ganz Europa bis in die Balkanländer hinein.

In Jugoslawien zum Beispiel hat der Rundfunk auch einen besonderen GrippeDienst eingerichtet, in welchem Ärzte am Mikrophon Ratsschläge erteilen. Besonders schlimm scheint es aber doch in England zu sein. Der Londoner Rundfunk meldete weiter, daß 55 Prozent der Londoner Polizeibeamten auch grippekrank sind. Wenn auch erfreulicherweise die Grippe nicht besonders tödlich sei, so werde man in den nächsten Tagen doch wohl gezwungen sein, Soldaten als Hilfspolizisten aufzunehmen.

Düsseldorf verzeichnet ein besonders besorgliches Auftreten der Grippe. In der vergangenen Woche sind rund vierzig Personen an den Folgen dieser Epidemie gestorben.

Danziger Flieger im Karlsruher Flughafen

Der Flugzeug „Danzig“ der Akademischen Fliegergruppe in Danzig, auf seinem Verweilflug durch Deutschland, von Baden-Dos kommend, mochte es vorgezogen von Mannheim aus geflogen war, am Montagvormittag 9 Uhr auf dem Karlsruher Flughafen eingetroffen. Hier hatte sich ein größeres Publikum eingefunden. Namens der Stadtverwaltung und der Bürgererschaft hieß Stadtrat Lang die Gäste herzlich willkommen. Dann sprach der Rektor der Technischen Hochschule, Prof. Dr. Solk, nach ihm Ministerialrat Dr. Barck, ein gebürtiger Danziger, im Auftrag der badischen Regierung und des Innenministers. Auch die Vertreter des Vereins der Ost- und Westpreußen, des Fliegerbundes, ein Vertreter des Pfälzischen Luftfahrtvereins richteten herzliche Begrüßungsworte an die Danziger Flieger. In allen Reden kam

Motorradfahrer rast gegen Leitungsmast

Am 5. 2. 33. ereignete sich gegen 23.15 Uhr Ecke Rintheimer- und Lullstraße ein Verkehrsunfall. Ein von Hagsfeld kommender, die Rintheimer Straße in westlicher Richtung durchfahrender Motorradfahrer hielt sich beim Einbiegen in die Lullstraße zu weit nach rechts und fuhr an einen auf dem nördlichen Gehweg der Rintheimer Straße stehenden Leitungsmast der Straßbahn. Der Motorradfahrer zog sich einen komplizierten Oberschenkelbruch zu und wurde mit dem Stadt Krankenauto nach dem Städt. Krankenhaus verbracht. Der Soziusfahrer wurde bei dem Anprall über das Motorrad geschleudert, kam jedoch unversehrt davon. Das Motorrad wurde stark beschädigt und mußte abgeschleppt werden.

Zu dem Beleidigungsprozess „Führer“ — Landestheater

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Im Hinblick auf die Presseerörterungen zum Beleidigungsprozess gegen die Schriftleitung des „Führer“ wegen Beleidigung des Intendanten des Badischen Landestheaters wird festgestellt:

1. Für die Äußerungen des Vertreters des Nebenklägers in dem Beleidigungsprozess vom 1. Februar 1933 kann der Unterrichtsminister nicht verantwortlich gemacht werden. Auf die Äußerungen, deren Inhalt dem Ministerium vorher nicht bekannt war, stand ihm kein Einfluß zu. Bei Offizialklagen ist es das prozeduralmäßig verbriefte, nicht entziehbare Recht des Beleidigten, sich der Offizialklage als Nebenkläger anzuschließen.

2. Entgegen missverständlichen Presseäußerungen muß daran erinnert werden, daß die Dienstenthebung des Balletmeisters Fürstena u vollzogen war, ehe die Angelegenheit in der Presse behandelt wurde.

3. Seitens des Unterrichtsministeriums ist über alle Fragen, die durch den Beleidigungsprozess gegen die Schriftleitung des „Führer“ aufgeworfen worden sind, eine Untersuchung eingeleitet, über deren Ergebnis dem Verwaltungsrat des Badischen Landestheaters in seiner auf den 13. Februar 1933 anberaumten Sitzung berichtet werden wird.

Jagd und Fischerei im Februar

Erfahrungsgemäß steigern sich häufig im Februar Kälte und Schneehöhe und damit auch die Not und die Verluste des Wildes. Ihrer Vinderung und Vefämpfung sollte deshalb vor allem die Sorge des jagenden Jägers gelten, das Jagen und Schießen zurück, das Rückern in den Vordergrund treten. Wo noch Abschuß einzelner Wildarten, vor allem Rot- und Damwild, gestattet ist, muß er mit weißer Mähigung und nach weidgerechten Gesichtspunkten erfolgen. Starke Fische bilden, wie der Deutsche Jäger“, Rindgen, schreibt, im Verlauf des Februar mit dem Abwerfen, während Neuhöhe zum Teil stark geschoben haben. Die Saunen sind noch in der Mauhzeit.

Baldschnephen, Pelasfinen, das auf Wöfern brütende Federwild haben zwar in den meisten deutschen Ländern Schußzeit, doch dürfte ihnen, soweit sie überhaupt überwintern, von der Jägerwelt um diese Zeit kaum erheblicher Schaden zugefügt werden, wenn auch mit Ende des Monats die Frühjahrszugbewegung dieser und anderer Arten einsetzt.

Die Mauhzeit der Fische erreicht ihren Höhepunkt. Die gefiedernden Maiber beginnen zu ziehen. Der Fütterung ist die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei nicht zu hartem Winterwetter und zu großer Schneehöhe kann mit dem Aufsetzen von Karamen und Neuhühnern zur Blutauffrischung gegen Ende des Monats in mildern Lagen begonnen werden. Die hierzu nötigen Vorbereitungen, Anlage von Futterstellen usw. sind rechtzeitig zu treffen und diese letzteren und ihre Umgebung um ganzer Mevier scharf zu überwachen, um Eingriffe durch Wilderhand tunlichst zu verhüten.

Der Suchen hat noch Jangzeit. Bachsaibling, Forelle und Kefche verdienen, da im Fleisch minderwertig, Schonung, die Rutte leicht noch.

Weiße Zähne: Chlorodont

die treuherzige Verbundenheit mit der Stadt Danzig zum Ausdruck, der man baldige Heimkehr ins Vaterland wünschte.

Warnung vor Schwindelunternehmungen!

Die Arbeitsuchende hereingelegt werden. Gegenwärtig erscheinen wieder unter allen möglichen hoch klingenden Firmenbezeichnungen Angebote über hohe Verdienstmöglichkeiten im Haupt- und Nebenberuf.

In dem Glauben jedoch, es mit einer realen Firma zu tun und endlich wieder Verdienst gefunden zu haben, raffen die Arbeitsuchenden dann bei ihren nächsten Verwandten und Bekannten den jeweils geforderten Geldbetrag oder die zu hinterlegende Kaution für erhaltenen Vertrauensposten zusammen.

Einschränkung der Verkehrsregelung durch die Ampel

Die verkehrswirtschaftliche Regelung des Verkehrs am Karlsruher durch die Verkehrsampel wird bis auf weiteres nur noch wochentags in der Zeit von 7.30-9.00 Uhr, 11.00-13.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr vorgenommen.

Verlängerung des Verbots kommunistischer Umzüge

Durch Anordnung des Polizeipräsidenten Karlsruhe sind Aufzüge und alle Versammlungen unter freiem Himmel der K.P.D. und ihrer Hilfsorganisationen für Stadt- und Landbezirk Karlsruhe bis auf weiteres verboten.

Der Spielplan des Landestheaters bis Ostern

Die Zeit bis Ostern steht für die Welt des Theaters im Zeichen des 50. Todestages Richard Wagners. Demgemäß hat auch selbstverständlich der Opernspielplan des Badischen Landestheaters seit Beginn der Spielzeit die Aufführung des Wagnerischen Gesamtwerks von „Rienzi“ bis zum „Parsifal“ vorgesehen.

Das Schauspiel bietet — zunächst als Sonderveranstaltungen für die Theatergemeinde des Bühnenvereins am Freitag, den 10. und Dienstag, den 14. Februar, im Konzerthaus die szenische Dichtung „Der Brudergott“, ein Werk im Charakter der mittelalterlichen Mystereinspiele, von Julius Maria Veder und — anschließend — das romantische Lustspiel „Die Schlange“ von Ernst Kacmerjäger.

× Gang über den Markt. Auf dem gestrigen Wochenmarkt gab's viel Butter und Eier, und viel Obst und Gemüse (namentlich Blumenkohl). Etwas geringer war das Angebot an Wild und Geflügel.

Spende des Lebensbedürfnisvereins. Wie wir erfahren, hat der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe der Roten Kreuzgesellschaft für das Jahr 1933 eine erste Spende im Werte von 1000 Mark zur Verfügung gestellt.

(:) Die Jungfrauenkongregation Heilbrunn führte am vergangenen Sonntag im St. Altonushaus das dramatische Spiel von Johannes Voth „Die Belatin“ auf. Nach einleitenden Begrüßungs- und Dankworten machte der S. S. Vortragsverein seine Ausführungen über den geschichtlichen Hintergrund des Spiels (Bell Héro) und den Bestfall.

(:) Gloria-Palast am Nordplatz. Nach dem großen Erfolge, den der Film: „S. S. 1 a r t i o r e t i“ nicht während seiner eintägigen Spielzeit hatte — er läuft im Pall in der Herrenstraße sogar noch einige weitere Tage — bringt der Gloria-Palast nunmehr wieder ein lustiges Programm mit dem Film: „S. S. 1 a r t i o r e t i“.

DEUTSCHE JUGENDKRAFT

Badische Resultate

Gau Oberbaden: Gauklasse: Günterstal — Oberwehre 1:6. A-Klasse: Holzhausen — Gottenheim 2:2; Wiehre I — Kirchgarten 1:0; Neute I — Glottertal I 1:2.

Gau Mittelbaden: (Bezirk Achern-Baden-Mastatt) Fußball: Lichtental I — Einheim I 3:5; Lichtental Schüler — Einheim Schüler 4:2.

Gau Heidelberg: Das große Werbe- und Schauturnen der D.J.K. Heidelberg-Gandshuhsheim nahm am Sonntag einen sportlich und propagandistisch hervorragenden Verlauf.

Handball: Gau Mannheim: Zahlreiche Ausfälle, durch Grippeerkrankungen bedingt. Um den zweiten Platz in Handball gab es ein hartes Ringen: Labenburg schaltete Leutershausen 5:1 aus.

Badische Resultate (Fortsetzung): Gau Neckar: Gauklasse: Gernsheim — Gernsheim 1:0; Gernsheim Schüler — Gernsheim Schüler 1:0.

Gau Oberrhein: Gauklasse: Gernsheim — Gernsheim 1:0; Gernsheim Schüler — Gernsheim Schüler 1:0.

Bericht-Nachlese

Die bessere Gesamtleistung entscheidet. Speispart 1. — Völkersbach 1. 4:2.

Beide Mannschaften zeigten ein schönes und flüssiges Spiel. Speispart spielte zuerst mit dem Wind und kam bis zur Halbzeit mit 2:0 zur Führung. Nach der Pause legte sich Völkersbach mächtig ins Zeug, konnte jedoch durch die gut arbeitende Unter-

Völkersbach 1. 4:2. (Fortsetzung): Die beiden Mannschaften trafen sich zum fälligen Vorrunderkampfspiel obige Gauklasse. Beide Parteien spielten ständig ausgeglichen; das Halbsitzresultat (0:0) entsprach dem Spielverlauf.

Handball. Wie wir vermutet. Vusenbach 1. — Pforzheim-Nord 1. 3:2.

Obige Mannschaften trafen sich zum fälligen Verbandsspiel auf dem Sportplatz des Turn- und Sportvereins Tülingen. Ungünstige Platzverhältnisse verhinderten leider ein flüssiges, faires Spiel.

Aus der Gauzentrale. 24 Fälle. hatte der mittelfränkische Gauplatenausflug in der letzten Straffung zu erleben, ein Arbeitspensum, das nur der in der Behandlung solcher Fragen Erfahrene richtig zu erfassen vermag.

Die laufende Woche bringt:

Mittwoch, 8. Februar. Gauvorstandsitzung im Caritas-Haus — Sophienstraße, 20 Uhr.

Samstag, 11. Februar. Beginn des ordentlichen Gantages in Erffingen, 17.30 Uhr.

Sonntag, 12. Februar. Gantag in Erffingen. Spielverbot (Familien Sonntag).

Vom Fechtsport in der D.J.K.

Viernheim und Mannheim führen in Baden. Das Fechten wird in der D.J.K. schon seit einigen Jahren betrieben und hatte hauptsächlich im Mittelrheingebiet eine liebevolle Pflege gefunden.

Seit Jahresfrist hat nun das Fechten auch im Kreis Baden der D.J.K. festen Fuß gefasst und wird, wie bekannt, von der Fechtgilde Viernheim und der Fechtgesellschaft Mannheim gepflegt.

Die Fechtgesellschaft Mannheim hat einen sehr gefälligen Werbeprospekt in Form einer Doppeltkarte herausgebracht, der durch seine vornehme Aufmachung allgemein auffällt.

Die Fechtgesellschaft Mannheim beginnt anfangs Februar 1933 mit einem neuen Lehrgang im Florettfechten.

Die Rheinpfalz meldet

Fußball: In der Kreisklasse erringt Oppau die Meisterschaft im „Gau Ost“ — In der Gauklasse Ring 1 holt sich Friesenheim gegen Dannstadt mit 5:2 die Meisterschaft.

Kreisklasse: Oppau 12 Spiele 29 Punkte, Schifferstadt 12 Spiele 28 Punkte, Mandach 11 Spiele 24 Punkte, Speyer 11 Spiele 21 Punkte.

Gauklasse Ring 1: Friesenheim 1 — Dannstadt 1 5:2; Waldsee 1 — Jggelheim 1:0; Landau — Hausenlein 0:1.

Handball: Mundenheim 1 — Ludwigschafen-Süd 1 2:3; Erffingen — Ebdentoben 1:1; Ebdentheim 2 — Rufensbach 3:2.

Die Kulturidee des Sportes

Ein bekannter Sportmann, ein bedeutsames Thema und ein peinliches Gefühl. Im Rahmen der Kulturvorträge der Freien Hochschule in Düsseldorf sprach dieser Tage Dr. Pelzer, dieser vielgerühmte Mann im Sport, über: „Die Kulturidee des Sportes“.

Gut! Dagegen wird niemand auch nur das geringste einzuwenden haben. Im Gegenteil, unserer Zeit mit ihrer Oberflächlichkeit kann ein Nachspüren in die ethisch-sittlichen Grundlagen nur von Vorteil sein.

Der Käuferdofor verschmähte es dazu nicht, mit sich selbst zu experimentieren, und das hat, wenn auch unbeabsichtigt, den peinlichen Reizgeschmack der Selbstverhimmelung.

Denselben Eindruck von der Wissenschaftlichkeit Dr. Pelzers gewann man auch aus dem Interim, das er im Westdeutschen Rundfunk einem Reporter gab: mit seinen Gedanken über den ethischen Wert des Sportes gelangte er schnell auf ein totes Gleis und was blieb, war das peinliche Gefühl, einen wackeligen „Grad“ mit dem bekannten, lediglich auf den Sport beschränkten Horizont gehört zu haben.

Uns will dünken, daß es für Dr. Pelzer besser wäre, wenn er solch „tiefgründige Erkenntnisse“ für sich behielte, statt unsere Sportjugend damit zu beglücken.



Teilnehmer der Fis-Woche

Einige prominente Teilnehmer an den Fiswettkämpfen, die in Innsbruck am Montag begannen. Oben links: Frl. Matousek, die beste deutsche Skiläuferin, oben rechts der hervorragende norwegische Springer Birger Ruud, unten links der deutsche Langläufer Walter Matz, unten rechts der deutsche Meister Gustl Müller, in der Mitte der deutsche Meister Rudi Matt.

HANDEL·WIRTSCHAFT·VERKEHR

Die wirtschaftliche Lage in der Handelskammer Karlsruhe

Karlsruhe, 6. Febr. Die erste diesjährige Vollversammlung der Handelskammer Karlsruhe, die unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Herrn Konsul Nicolai, stattfand, stand im Zeichen einer allgemeinen Aussprache über die wirtschaftliche Lage.

Präsident Nicolai bemerkte einleitend, daß das Jahr 1933 wohl eines der schlimmsten Krisenjahre gewesen sei. Gegen Ende des Jahres hätten sich zwar Anzeichen wiederkehrenden Vertrauens geltend gemacht, so daß die Lage als etwas zuversichtlicher anzusehen sei. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm, eine gewisse Lockerung der Devisenbewirtschaftung, die Bewegung der Erwerbslosenzahlen usw. berechtigten u. a. zu der Auffassung, daß der Tiefstand anscheinend überwunden sei und daß die Hoffnung auf Besserung bestehe. Erforderlich sei allerdings für die Wirtschaft, daß sie nicht fortgesetzt durch innerpolitische Maßnahmen gestört werde. Heute lasse sich Politik und Wirtschaft nicht mehr trennen; die Wirtschaft sei mehr oder weniger von der Politik abhängig. Innere Ruhe und Stabilität seien absolut erforderlich, wenn die Bemühungen der Wirtschaft, zu einer günstigeren Entwicklung zu gelangen, erfolgreich sein sollen.

Im Anschluß hieran nahm die Handelskammer Berichte seitens der Mitglieder über die Lage einzelner Geschäftsgebiete ihres Bezirks entgegen. Aus allen Berichten ging hervor, daß die Wirtschaft vor allem auch eine Beruhigung der innerpolitischen Verhältnisse notwendig hat, da von ihr das Vertrauen des Auslandes und auch der innerdeutschen Käuferschaft abhängt.

Badische Tabakverkäufe

Eckartsweier verkaufte rund 1200 Zentner Obergut zu 62-68 RM. je Zentner im Freibau, die Tabakbauvereine erhielten 78 RM. Bodersweier verkaufte noch weitere 124 Zentner, so daß es insgesamt 1800 Zentner gegen 1400 im Vorjahr abgesetzt hat. Hildmannfeld und Vimbuch verkauften ihr gesamtes Obergut zu 65 RM. Grundpreis. Die beiden Tabakbauvereine in Odenheim verkauften im Durchschnitt zu 55 RM. je Ztr. Neumühl 826 Ztr. Obergut zum Grundpreis von 68,10 RM., Auenheim Obergut zu 65 RM. im Durchschnitt, geringe Abzüge für Hagelschäden, Kork 670 Zentner Obergut zum Grundpreis von 64 RM. nach Bremen, Membrechtshofen zum Grundpreis von 66 RM., Hagel leicht zu 60 RM., schwerer Hagel zu 59 RM. je Zentner nach Mannheim, so auch Wagshurst, Friesenheim 626 Zentner zum Grundpreis von 60 RM., geringe Abzüge kamen vor (4 Pflanzter verkaufte ihre Ernte nicht, sie fermentieren den Tabak selber), schließlich Meisenheim 2400 Zentner Hauptgut und Obergut zu 64 RM. im Durchschnitt.

Neue badische Holzverkäufe

(1. Januar bis 31. Januar 1933.)

Es verkauften durch den badischen Waldbesitzerverband in der Berichtszeit folgende Besitzer Holz: Gemeinde Grünigen 262 fm Fi Klasse I-VI zu 40 Prozent der Taxen des Landesgrundpreises (gegen Barzahlung), dieselbe Gemeinde 268 fm Fi, Ta Klasse I-VI zu 48 Prozent (Barzahlung), Privatwald Forstbezirk Kirchzarten 195 fm Fi Klasse II-V zu 42 Prozent (Barzahlung), Stadtgemeinde Löffingen 610 fm Fi, Fo Klasse I-V zu 42 Prozent (Barzahlung), Dürr- und Windfall aus dem Sommer 1932, Gemeinde Brandenberg 86 fm Fi Klasse I-V zu 42 Prozent (Barzahlung), aus Privatwald des Forstbezirks Donaueschingen 47 fm Fi Klasse II-V zu 40 Prozent (Barzahlung), Stadtgemeinde Bräunlingen 101 fm Fi Klasse I-VI zu 43 Prozent (Barzahlung), Gemeinde Fahl bei Todtnau 184 fm Fi Klasse I-VI zu 35 Prozent (geringere Qualität, Barzahlung), Stadt Villingen 104 fm Fo Klasse II-IV zu 48-48,5 Prozent, Stadtgemeinde Bräunlingen 205 fm Fo I-V zu 42 Prozent (Barzahlung), Privatwald Forstbezirk Lahr 150 fm Fo Klasse I-V zu 45 Prozent, Privatwald Forstbezirk Donaueschingen 72 fm Fo Klasse II-V zu 40 Prozent (Barzahlung). Die zu Anfang Januar herrschende Ruhe im Einkauf hat sich als nur vorübergehende Erscheinung erwiesen. Die Einkaufstätigkeit in den letzten Tagen ist besonders reger. Lebhaftere Umsätze zu festen Preisen kamen auf dem Papierholzmarkt zustande.

Ausweis der BIZ vom 31. Januar 1933

Basel, 6. Febr. Der Ausweis der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vom 31. Januar 1933 weist eine Bilanzsumme von 1023,14 Mill. sfr. auf, die sich gegenüber dem Ausweis vom 31. Dezember 1932 um etwa 0,6 Mill. vermindert hat. Die Einlagen der Zentralbanken für eigene Rechnung haben im Laufe des Monats um etwa 0,8 Mill. von 581,13 auf 580,30 Mill. sfr. abgenommen, die Einlagen für Rechnung Dritter um etwa 1,3 Mill. von 13,71 auf 12,95 Mill. sfr. Die Einlagen anderer Einleger haben von 6,33 auf 6,06 Mill. zugenommen und damit eine geringfügige Erhöhung erfahren. Zwischen dem 31. Dezember 1932 und dem 31. Januar 1933 sind die Sichtanlagen um etwa 10,9 Mill. zurückgegangen, während die kurzfristigen Einlagen um etwa 9 Mill. zugenommen haben. Die Gelder auf Sicht haben von 100,50 auf 88,06 Mill. sfr. abgenommen. Dagegen haben die rediskontierbaren Wechsel und Akzente sich von 506,66 auf 510,47 Mill. sfr. erhöht die Gelder auf Zeit von 281,50 auf 241,18 Mill. sfr. und andere Wechsel und Anlagen von 163,04 auf 163,30 Mill. sfr. Die Sichtanlagen der Bank in Form von jederzeit rediskontierbaren Wechseln und Akzepten sowie verzinslichen Geldern stellen 59,8 Proz. die Sichtverbindlichkeiten dagegen 49,9 Proz. die kurzfristigen Anlagen 23,6 Proz., die kurzfristigen Verbindlichkeiten dagegen 8,8 Proz. der Gesamtsumme dar.

Keine Meistbegünstigung mit Chile. Die handelspolitischen Beziehungen zwischen Chile und Deutschland haben eine neue, wenn auch nicht unerwartete Verschärfung erfahren. Bekanntlich hatte Chile im Sommer vorigen Jahres seinen Handelsvertrag mit Deutschland gekündigt. Es trat ein vertragsloser Zustand ein, der die Streichung Chiles von der Liste der meistbegünstigten Länder gerechtfertigt hätte. Auf chilenische Vorstellungen wurde deutscherseits diese Maßnahme, die zunächst für den Dezember geplant war, suspendiert. Es fanden in Berlin Verhandlungen über den Abschluß eines provisorischen Handelsabkommens für mindestens sechs Monate statt, bei denen Deutschland sehr entgegenkommende Vorschläge machte. Sie sind Anfang Januar nach Santiago de Chile von dem hiesigen Gesandten weitergegeben worden. Bisher ist aber die Antwort der chilenischen Regierung noch nicht eingetroffen. Deutschland hat sich bei dieser Sachlage genötigt gesehen, seinen früheren Ankündigungen entsprechend Chile mit Wirkung vom 1. Februar von der Liste der meistbegünstigten Länder zu streichen. Für die Chilesalpetern- und -kupferindustrie dürfte diese Maßnahme nicht sonderlich angenehm sein. Infolgedessen hofft man noch immer auf eine Verständigung, die auch die Einrichtung eines deutsch-chilenischen Clearing-Vertrages enthalten müßte. Die Höhe der eingefrorenen und an Deutschland geschuldeten Beträge belaufen sich nämlich auf 40 Mill. RM., die wohl nur im Wege des Kompensationsverkehrs abgezahlt werden können.

Soll Deutschland seinen Export aufgeben?

In der letzten Zeit wurden wiederholt scharfe Angriffe gegen die deutsche Exportwirtschaft gerichtet. Man wirft ihr vor, sie liefere an das Ausland billiger als an das Inland, belaste also den deutschen Konsumenten zugunsten des Ausländers, der wohlfeiler bedient werde. Man macht daher den Vorschlag, unsere Industrie solle doch auf den Export verzichten und dafür im eigenen Lande billiger verkaufen. Dieses Argument ist zweifellos sehr bestechend und verdient ernste Prüfung, denn niemand wird bestreiten wollen, dass das höchste Ziel unserer Wirtschaft die bestmögliche Versorgung des Binnenmarktes ist. Um nun diese Frage zu klären, wollen wir folgendes Beispiel durchrechnen: Angenommen, ein Betrieb stellt wöchentlich 1200 Stück einer Ware her, seien es nun Handkoffer, Stehlampen, Aktenmappen oder Photographenapparate. Der Absatz verteilt sich so, dass 2/3 davon, das sind also 800 Stück, im Inland verbleiben, während 1/3, das sind also 400 Stück, ins Ausland gehen. Der Preis im Inland beträgt 10 Mk. pro Stück, im Ausland jedoch muss der Unternehmer 20 Proz. billiger verkaufen, um bei den niedrigeren Konkurrenzangeboten überhaupt ins Geschäft zu kommen. Am Auslandsmarkt erzielt der Unternehmer somit nur 8 Mk. pro Stück. Zusammengerechnet beträgt also der Erlös im Inland 800 mal 10 Mk. = 8000 Mk., im Ausland 400 mal 8 Mk. = 3200 Mk., insgesamt 11200 Mk. Damit sind seine Unkosten einschließlich eines zeitensprechenden Verdienstes gerade gedeckt.

Nun gibt man dem Unternehmer den Rat: Verzichte doch auf den Export und verkaufe die Ware im Inland billiger. Der Unternehmer geht auf diesen Vorschlag ein, stellt seinen Auslandsverkauf ein und vermindert seine Produktion um 1/3, denn er hat ja keine Aussicht, diesen Teil nun plötzlich im Inland unterzubringen. Leider ist er gleichzeitig gezwungen, eine entsprechende Einschränkung bei seiner Belegschaft vorzunehmen und Arbeiter zu entlassen. Aber vielleicht kann er seine Preise so senken, dass er im Inland neuen Absatz findet? Rechnen wir daher weiter. Die Produktion ist also um 1/3 eingeschränkt, damit sinken die Ausgaben für Material, Betriebsstoffe, Löhne und sonstige Unkosten. Hier ergibt sich jedoch die erste Schwierigkeit, denn nicht alle Unkosten lassen sich im gleichen Verhältnis zum Produktionsrückgang einsparen. Da sind die Maschinen, die auch

im Ruhezustand Zinsen und Unterhaltungskosten fressen; die Versicherungs- und Kraftlieferungsverträge laufen weiter, auch wenn die Anlagen nur zum Teil ausgenutzt werden; die Dampfheizung muss geheizt werden, auch wenn nur ein Teil der Belegschaft arbeitet; die Kraftwagen müssen fahren, auch wenn sie nicht voll beladen sind. Diese unproduktiven Lasten verteuern die Betriebskosten. Doch lassen wir sie einmal kurz außer Betracht und nehmen wir an, dass entsprechend der Produktionsminderung auch die Unkosten sinken. Unser Betrieb, dessen Unkosten bisher bei 11200 Mk. lagen, arbeitet also in Zukunft nur noch mit 2/3 davon = 7466 Mk. Erlöst hatte er jedoch bisher für 2/3 seiner Produktion, die den Inlandsabsatz ausmachten, 8000 Mk. Die erzielten Preise lagen also um 530 Mk. über den Selbstkosten. Dieser Preisunterschied, der bisher dem Auslandsgeschäft zugute kam, steht nun also für eine Preisverbilligung im Inland zur Verfügung. Auf 800 Stück Produktion umgerechnet, ergibt sich damit eine Verbilligung von 66 Pfg. je Stück oder von 6,6 Proz., d. h. jedoch in Wirklichkeit ist die Verbilligung noch geringer, da ja, wie oben gezeigt, die unproduktiven Lasten des leeren Produktionsapparates die geringere Produktion belasten. Ja in vielen Fällen wird sich herausstellen, dass der Unternehmer aus diesem Grund im Inland seine Preise sogar erhöhen müsste, will er nicht daraufzahlen.

Selbstverständlich wird die Rechnung in jedem Einzelfall anders aussehen. Ist aber in unserem Beispiel, das einen hohen Anteil der Ausfuhr und eine erhebliche Preisunterbietung im Ausland zeigte, die Preissenkungsmöglichkeit im Inland so gering, so ist das Ergebnis in den zahlreichen anderen Fällen mit geringerer Ausfuhr noch viel dürftiger. Sieht man von Einzelfällen, wo die Ausfuhr (besonders von Rohstoffen) auf die gesamte Wirtschaft ungünstig wirken mag, ab, so wird man feststellen können, dass im Durchschnitt ein Verzicht auf unseren Export wohl zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit und zu einem dauernden Verlust der Auslandsmärkte führen wird, ohne jedoch im Inland auch nur einen merklichen Vorteil zu bringen. Man sieht also, wie gefährlich der Vorschlag ist, unseren Export allgemein aufzugeben: Wir helfen damit niemanden, sondern schneiden uns nur ins eigene Fleisch.

Warenmärkte

Berliner Metallbörse vom 6. Februar. Elektrolytkupfer 46,75, Raffinadekupfer 41,50-42,50, Standardkupfer 36,75 bis 37,75, Standardblei 14,25-14,75, Original-Hütten-Aluminium 160, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 164, Bank-, Straits-, Australzinn in Verkäuferswahl 222, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 87-89, Silber in Barren 85,76-89,26.

Berliner Produktenbörse vom 6. Februar. Märk. Weizen 188-190, März 207-207,25, Mai 209-209,50, Märk. Roggen 154-156, März 167,25-167,75, Mai 169,50-169,75, Braugerste 165-175, Futter- und Industrieergerste 158-164, Märk. Hafer 116-118, Mai 129-129,50, Weizenmehl 22,65-25,00, Roggenmehl 20-21,00, Weizenkleie 8,10-8,50, Roggenkleie 6,70-9, Viktoriaerbsen 20-23, kleine Speiseerbsen 19,50-21, Futtererbsen 12-14, Peluschken 12-13,50, Ackerbohnen 12,50-15, Wicken 13,50-15,50, blaue Lupinen 8-10, gelbe Lupinen 11,50-12,75, neue Seradella 17-23, Leinkuchen 10,40, Erdnusskuchen 10,90, Erdnusskuchennmehl 10,60, Trockenschnitzel 8,70, Extrahiertes Sojabohnenschrot 9,90, Kartoffelflocken 13,20-16,80, weiße Speisekartoffeln 1,20-1,30, rote Speisekartoffeln 1,30-1,40, gelb-fleischige Speisekartoffeln außer Nieren 1,50-1,60.

Mannheimer Produktenbörse vom 6. Februar. Weizen, inl. 20,70-21, Roggen, inl. 16,70-16,80, Hafer, inl. 18,80 bis 14, Sommergerste, inl. 18,50-20, Futtergerste 17,50-17,75, La-Plata-Mais 19,50, Sojaschrot 10,50, Birtreber 10,75-10,90, Trockenschnitzel, lose 8, Wiesenheu, loses 4,80-5,30, Rotkleheu 4,80-5,20, Luzernkleheu 5,60-6,20, Preßstroh Roggen-Weizen 2,60-2,80, desgl. Hafer-Gerste 2,20-2,60, geb. Stroh Roggen-Weizen 2,40-2,60, desgl. Hafer-Gerste 2-2,30, Weizenmehl Spezial 0 29,50-29,75, Roggenmehl 21,75-24,50, Weizenkleie 7,50 bis 7,75, Erdnusskuchen 11,70-11,90. Tendenz: stetig, Stimmung recht unsicher. Das Geschäft war klein, da die Käufer die verlangten Preise nur zögernd bewilligten.

Karlsruher Viehmarkt vom 6. Febr. (Amtlicher Bericht.) Ochsen (Zufuhr 27 Stück): a) 1. junge 25-29, 2. ältere 23-25, b) 1. junge 22-24, 2. ältere 20-22, c) 18-20, d) 17-18; Bullen (27 Stück): a) 22-23, b) 19-20, c) 18-19, d) 15-16; Kühe (28 Stück): b) 18-20, c) 14-18, d) 9-14; Färsen (140 Stück): a) 25-31, b) 17-23; Kälber (100 Stück): b) 84-86, c) 81-84, d) 27-31, e) 15-20; Schweine (1020 Stück): b) 37 bis 39, c) 36-39, d) 33-37, e) 31-33, g) 23-27. Gesamtzufuhr 1842 Stück. Beste Qualität über Notiz bezahlt. Die Preise sind Marktpreise und schliessen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. Tendenz des Marktes: Grossvieh und Schweine langsam, geringer Ueberstand, Kälber langsam, geräumt.

Bühler Schweinemarkt vom 6. Februar. Aufgefahren wurden: 108 Ferkel, 16 Läufer Schweine; verkauft wurden: 90 Ferkel und 10 Läufer Schweine. Niederster Preis für Ferkel 18 RM., mittlerer 30 RM., höchster 40 RM.; für Läufer Schweine niederster Preis 45 RM., mittlerer 55 RM., höchster 65 RM. das Paar

Berliner Devisennotierungen

Geldkurse

festgestellt von der Berliner Bedingungs-gemeinschaft zusammen mit der Reichsbank.

	6. 2.	4. 2.	6. 2.	4. 2.
Buenos-Aires	9 820	9 843	21 53	21 82
Kanada	3 328	3 316	5 554	5 554
Japan	8 870	8 879	41 88	41 88
Kairo	14 81	14 80	84 24	83 78
Konstantinopel	2 008	2 008	13 11	12 99
London	14 43	14 30	73 83	73 23
New York	4 209	4 209	18 43	18 428
Rio de Janeiro	2 238	2 238	12 48	12 48
Uruguay	1 848	1 848	54 83	54 44
Amsterdam	189 23	189 23	78 72	78 72
Athen	2 354	2 328	Schweden	81 18
Brüssel	58 54	58 52	Sofia	3 95
Bukarest	2 488	2 488	Spanien	34 47
Budapest	—	—	Stockholm	71 72
Danzig	81 82	81 85	Tallinn	110 89
Helsingfors	6 364	6 314	Wien	49 85

Börse

Berlin, 6. Febr. Zum Wochenbeginn war die Tendenz wieder als schwächer zu bezeichnen. Zwar hat das Angebot im Vergleich zu den Vortagen wesentlich nachgelassen, doch genügt das nur in geringem Umfang herauskommende Material, um bei der allgemeinen Zurückhaltung Kursrückgänge von 1/2-1 Proz. bei einigen Spezialpapieren, unter Führung von Tarifwerten, u. a. sogar bis zu 2 1/2 Proz. herbeizuführen. Man konnte aber doch eine etwas beruhigtere Stimmung feststellen, da man hoffte, dass die Reichsregierung noch heute die erwartete Erklärung zu den Zinsfragen veröffentlicht wird, wodurch natürlich ein Unsicherheitsmoment von der Börse genommen werden dürfte. Auch am Rentenmarkt hat das Angebot in Erwartung dieser Erklärung nachgelassen. An einigen Märkten lagen niedrig limitierte Kaufordere vor, durch die sich die davon betroffenen Werte etwas befestigen konnten. So zogen Siemens in Erwartung der Bilanz um 1/2 Proz. an, Gelsenkirchen, Harpener, Rheinstahl, verschiedene Braunkohlenpapiere, Berl. Maschinen und Schiffahrtswerte besserten sich um Bruchteile eines Prozents, während Tietz 1 1/2 Proz. und A.G. für Verkehrswesen 1 1/4 Proz. gewannen. Den stärksten Rückgang hatten heute Salzedufurth aufzuweisen, die um 4 1/2 Proz. zurückgingen. Anregungen aus der Wirtschaft lagen im allgemeinen nicht vor. Der Rückgang des Ruhrkohlenabsatzes im Januar blieb ebenso wie der unregelmäßige Verlauf der New Yorker Samstagsbörse ohne stärkeren Eindruck. Mit Befriedigung nahm man die Mitteilungen über die Finanzierung des 500-Millionen-Planes zur Arbeitsbeschaffung zur Kenntnis. Felten waren angeboten, da man für das abgelaufene Geschäftsjahr mit einem wenig befriedigenden Ergebnis rechnet. Ziemlich schwach lag die Altbesitzanleihe, die um 1,60 Proz. zurückging, während Neubesitzanleihe nur einen geringen Verlust aufwies. Im Verlaufe wurde es allgemein freundlicher. Die Kurse konnten sich allgemein kräftig befestigen, es wurden Deckungen und Rückkäufe vorgenommen, und man konnte daher Besserungen bis zu 1 Proz. feststellen. Siemens befestigten sich sogar um weitere 3/4 Proz., und auch Reichsbank holten einen Verlust von über 1 Proz. im Verlaufe wieder auf.

Mehrere politische Veranstaltungen im Laufe des Samstags und Sonntags verliefen ohne besondere Zwischenfälle. Durch ein starkes Polizeiaufgebot konnte die Ruhe überall aufrecht erhalten werden; kleinere Reibereien wurden rasch unterdrückt. Mehrere Personen mußten zur Verhinderung von Ordnungswidrigkeiten festgenommen werden.

Sie hören heute:

Dienstag, den 7. Februar, 6.15 Uhr: Gymnastik. — 7.20 Uhr: Frühkonzert. — 10.10 Uhr: Streich-Trio. — 10.40 Uhr: Schulfunk. — 12 Uhr: Musik auf Schallplatten. — 12.45 Uhr: Eva Rosenberg singt. — 13.30 Uhr: Mittagskonzert. — 16 Uhr: Blumenfunde. — 16.30 Uhr: Frauenstunde. — 17 Uhr: Nachmittagskonzert. — 18.25 Uhr: Vortrag: Schwünge und Sprünge beim Schlauf. — 18.50 Uhr: Vortrag: Der Wunderaufstand in Brasilien. — 19.15 Uhr: Schallplatten. — 19.45 Uhr: Die F.F.S.-Wettkämpfe in Innsbruck. — 20 Uhr: Sonntags Land. — 20.45 Uhr: Orchesterkonzert. — 22.35 Uhr: Bericht vom Sechslagerentien.

Badisches Landestheater. Wiederholungen der Woche sind die Operette 'Schwarzwaldbüchel' am Dienstag, den 7. Februar, Schillerplatz Sommertheater am Donnerstag, den 9. und Wagner's 'Niederer Götter' am Freitag, den 10. Februar, für die Volkshäuser. Als Neueninführung geht am Mittwoch, den 8. Februar, die Oper 'Mignon' von Thomas, bespielt am Samstag, den 11. Februar, das Singpiel 'Im weißen Rössl', aus der vorigen Spielzeit noch in bester Erinnerung, in Szene. Am Sonntag, den 12. Februar, als Sondervorstellung für die Theatergemeinde des 'Ruhensbundes' Julius Maria Beders' multimedialer Spiel 'Der Schiffsengel' und anschließend Ernst Bagmeisters romantisches Lustspiel 'Die Schlinge' zur Aufführung; beide Stücke werden am Dienstag, den 14. Februar, gleichfalls als Sondervorstellung für die Theatergemeinde des 'Ruhensbundes', im Konzerthaus wiederholt. — Am Sonntag, den 12. Februar, findet vormittags (11.15 Uhr) eine 'Morgensfeier' zum Gedächtnis

Richard Wagner hat, seinen Lebensabend (13. Februar 1883) bis zum 20. März 1933, als Sondervorstellung geht das Bühnenfestspiel 'Parzifal' Wagner's in Szene. — Im Konzerthaus gelangt am gleichen Tage die Operette 'Ella und Tel' zur Wiederholung. Beginn der Vorstellung 20 Uhr.

Bereinsanzeiger

Kathol. Jungmännerverein St. Stephan — Deutsche Jugendkraft Karlsruhe-Mittelstadt. Heute, Dienstag, 7. Februar: Religiöse Versammlung in der St. Vinzenzkapelle, 8 1/2 Uhr. Sonntag, 12. Februar: Monatskommunion in St. Stephan.

Geschäftliche Mitteilung

„Lautlos vor allem“ ist der Grundgedanke der Firma Poländer. (Leit-Samm-Strasse 8, Ecke Kaiserstr.) Gerade bei Aussteuerungen ist nicht allein der billige Preis, sondern vor allem die Qualität maßgebend. In Wäschestücken jeder Art, Leinen- und Halbleinen, Bettwaren, auch in Matrasen, Steppdecken, Stoff- und Samthandtüchern, Bettdecken und Taunen usw. bringt die Firma Poländer außergewöhnliche Sonderangebote.

Karlsruher Ständebuchauszüge

Todesfälle und Verdigungszeiten. 4. Februar: Luise Henrich, ohne Beruf, ledig, 85 Jahre alt; Dienstag, 12 Uhr. Maria Rau geb. Ritter, Ehefrau von Johannes Rau, Med.-Rat a. D., 69 Jahre alt; Dienstag, 14.30 Uhr. Emil Sohn, Hilfsarbeiter, Witwer, 48 Jahre alt; Dienstag, 15.15 Uhr (Feuerb.). — 5. Februar: Ilse Berin, Vater: Friedrich Berin, Hilfsarbeiter, 10 Monate 16 Tage alt; Dienstag, 14 Uhr. Emma Weigle geb. Kesper, Wm. von Friedrich Weigle, Ingenieur, 57 Jahre alt; Mittwoch, 12 Uhr. Friedrich Theilacker, Hausmeister, Witwer, 80 Jahre

alt; Mittwoch, 14 Uhr (Feuerb.). Elfa Braun geb. Baupert, Ehefrau von Albert Braun, Metzger, 56 Jahre alt; Mittwoch, 14.30 Uhr. Leopoldine Seufert, Krankenpflegerin, ledig, 64 Jahre alt; Mittwoch, 14 Uhr. — 6. Februar: Christine Hügel geb. Keller, Witwe von Josef Hügel, Postkassierer, 81 Jahre alt; Mittwoch, 13.30 Uhr. Wolfgang Mörle, Vater: Josef Mörle, Posthelfer, 8 Monate 22 Tage alt; Mittwoch 14 Uhr. Regina Endlich geb. Ruffig, Witwe von Philipp Endlich, Sassenmeister, 77 Jahre alt; Redarels.

Tages-Anzeiger

für Dienstag, den 7. Februar.

Landes-Theater: 20—22.15 Uhr: „Schwarzwaldbüchel“. Badische Lichtspiele: 17 und 20 Uhr: „Bera folgt und ihre Töchter“. Gloria-Palast: „F. P. 1 antwortet nicht“. Palast-Lichtspiele: „F. P. 1 antwortet nicht“. Residenz-Lichtspiele: „Grün ist die Heide“.

Herausgeber und Verleger Badenia in Karlsruhe, A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe i. B. Haupt-schriftleiter: Dr. J. Th. Meyer. Verantwortlich für Nachrichten-dienst, Politik und Handel: Dr. Willy Müller-Reif; für Kulturelles und Feuilleton: Dr. Otto Färber; für Lokales, Badische Chronik und Sport: A. Richard; für Anzeigen und Reklamen: Philipp Riederle, sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. H. Schuster, Berlin-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Strasse 78 a.

Wir verkaufen

billig!!

- 1 Posten Salami 90 Pfund
Leber- u. Speck-Würste in ca. 1/2 Stücken 18 Pfund
Schweinskopf in Weingelee Pfund 68 Pfund
Suppenhühner gefroren Pfund 68 Pfund
Schellfische u. Kabeljau Pfund 19 Pfund
Blumenkohl zarte Köpfe 20 Pfund

Während der Weißen Woche auf alle nicht herabgesetzten Waren mit Ausnahme d. Lebensmittel u. weniger Markenartikel 10%

KNOPF



Badisches Landes-Theater. Dienstag, 7. Februar: Dirigent: Axel Berth. 3. u. 4. Abt. Schwarzwaldbüchel. Operette von Jellf. Regie: Brudja. Mitwirkende: Jant. Reuendorfer, Seiberich, Gader, Kofler, Rieker, Alodie, Köfer, Wehner, S. Müller, Schindler, Kasper. Anfang 20 Uhr. Ende 22.15 Uhr. Preise C (0.80—4.50 RM.).

Anzeigen-Kelime ist wichtig und sollte nie verfehoben werden.

Es geht alle an,

die irgend welche Haarkrankheit beobachten (zu starkem Haarausfall, Beßen und Jucken der Kopfhaut, kahle Stellen, auch wo zu trockener oder zu fettiger Haarboden da ist und frühzeitiges Ergrauen)

am Donnerstag, den 9. Februar, von 10—12 1/2 und 1 1/2—7 Uhr, unsern Herrn Schneider nach dem Haarboden sehen und sich beraten und helfen zu lassen. Jahrelange Erfahrungen stärken unser Wissen und zahlreiche Anerkennungs-schreiben äußern sich über unsere im eigenen Laboratorium hergestellten altbewährten Haarnahrungs- und Haarwasmittel. Haben Sie daher Vertrauen, wir retten auch Ihre Haare. Gg. Schneider & Sohn, i. Württ. Haarbehandlungsinstitut Karlsruhe, Eberstr. 16, d. Altbahnhof — Tel. 7804



Öffentlicher Vortrag

Freitag, den 10. Februar 1933, abends 8 1/2 Uhr, findet im Refektorium 16 des Altbahnhofs der Techn. Hochschule ein Vortrag statt.

Redner: Herr Vater Friedrich Wudermann s. J. Münster

Thema: Das Christusbild in der modernen Literatur

Jedermann ist eingeladen. Eintritt für Nichtmitglieder — 50 Pf. im Vorverkauf bei der Herberich'schen Buchhandlung und an der Abendkasse.

Ortsgruppe Kath. Akademiker Karlsruhe.

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe von Steuererklärungen für die Veranlagung 1933.

Die Steuererklärungen für die Veranlagung 1933 zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für die im Kalenderjahr 1932 endenden Steuerabgabensätze sowie die des antwortenden Steuerabgabens über die Gemeindeförderung sind in der Zeit vom 15. bis 28. Februar 1933 unter Benutzung der vorgeschriebenen Vorbrücke abzugeben. Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung (Beamteneinkommen) verpflichtet sind, erhalten vom Finanzamt einen Vorbrückbogen. Die durch das Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz, Umsatzsteuergesetz, sowie Grund- und Gemeindeförderungsgesetz begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ein Vorbrückbogen nicht überlassen ist, bleibt unberührt; erforderlichenfalls haben die Beteiligten Vorbrücke vom Finanzamt anzufordern.

Karlsruhe, den 6. Februar 1933. Die Finanzämter: Karlsruher-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach, Ettlingen.

Brennholz

(kein Abfall, aber Schwarzenholz) fein gespalten, frei von Kienholz Buchenholz abgemessen 2 Mt. Am Lager abgeholt per Str. 30 Pf. billiger. Gemeinnützige Beschäftigungsstelle Telefon 423 — G. M. G. — Durlacher Allee 58

Die billige Hande-5-Großauskunft

Wys Müller & Co. G. m. b. H. Hamburg Gesch.-St. Karlsruhe, Schirmerstr. 6 Egon Brenzner, Ekdr. a. D., Telefon 805 Spezialberichte auch an Privatpersonen

Beachten Sie unsere Preise!

- Hausmacher Leber- u. Blutwurst p. Pfd. 30 Pf
Koch-Mettwurst " " 30 Pf
Roter Schwarenmaggen " " 40 Pf
Weißer Schwarenmaggen " " 40 Pf
Fleischwurst zum Warmessen " " 50 Pf
Fleischwurst " " 50 Pf
Bratwurst (4 Stück 1 Pfund) " " 60 Pf
Knackwurst (bis 7 Stück 1 Pfund) " " 70 Pf
Schinkenwurst " " 75 Pf
Bierwurst " " 95 Pf
Salami " " 85 Pf
Streich-Mettwurst " " 50 Pf
Gehacktes p. Pfd. 50 Pf

- Nußhag-Bratenschmalz p. Pfd. 35 Pf
Erdnuß-Schmalz " " 35 Pf
Deutsches Schweineschmalz " " 50 Pf

Salatöl p. Liter 40 Pf

Nußhag Kronenstr. 33 Wilhelmstr. 16 Mühlburg, Hardstr. 20

Ein Handbuch für jeden Betrieb und jeden Kaufmann:

Das Recht der Abschreibungen nach den Entscheidungen des Reichsfinanzhofes von Dr. jur. H. KRUECKEMEYER

Dieses Werk ist für die Steuerpflichtigen von besonderer Bedeutung, da gerade wegen Höhe und Zuverlässigkeit der Abschreibungen die meisten Differenzen mit den Finanzämtern entstehen. In der reichhaltigen Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes sind nun die Grundlagen gegeben, um zu einer einwandfreien Beurteilung zu gelangen. Preis Mk. 1.50

Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.

Das Tierheim

des Tierfreundevereins Karlsruhe e. V. am Hauptb. d. Pflanzengarten nimmt Hunde u. Katzen in Pension. Baden und Eberach von Kunden jederzeit. Tel. Rheinl. ern. Tel. 4055.



Dem unerforschlichen Ratschluss Gottes hat es gefallen, unseren hochgeschätzten Mitbruder, den hochw. Herrn Pfarrer

Adolf Gabner

in Odenheim Kammerer des Kapitels Bruchsal

unerwartet rasch in die Ewigkeit abzurufen. Der Verstorbene wird dem Gebete des hochw. Klerus und allen Bekannten und Freunden empfohlen.

Bruchsal, 6. Februar 1933. Dekan Wetterer

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 9. Febr., in Mingolsheim, der Heimat des Verstorbenen, um 10 Uhr statt. Das Totenoffizium beginnt um 9 Uhr.

Todes-Anzeige

Unsere gute Mutter und Großmutter

Wilhelmina Hartmann

geb. Fink Amtsdienerswitwe

ist heute abend 10 1/2 Uhr nach nur dreitägigem Leiden, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, sanft in die ewige Heimat abgerufen worden. Ihr Leben war Gebet, Arbeit und Sorge für die Ihrigen bis zu ihrem 83. Lebensjahr. Die hochw. Herren Geistlichen bitten wir um ein Memento am Altare.

Eichtersheim, Achern, Konstanz 5. Februar 1933.

Julius Hartmann, Pfarrer Anna Hartmann Karl Hartmann, Ratschreiber Karl Auerbach, Oberpostinspektor

Beerdigung: Mittwoch, 10 1/2 Uhr, in Eichtersheim, darauf Seelenamt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer herzensguten Mutter, wie auch für die vielen Kranzspenden und Opfer für die Seelenruhe der Verstorbenen, sowie für den herrlichen Trauer-gesang des Gesangsvereins „Fidelitas“, sagen wir allen ein herzliches Vergelt's Gott!

Karlsruhe, 6. Februar 1933.

Im Namen der Hinterbliebenen: R. Klumpp Familie Karl Klumpp.

Trauersachen

wirden adelslos und äußerst billig schwarz gefärbt, auf Wunsch innerhalb 24 Stunden Färberei M. Weiß, Blumenstraße Nr. 17, Jollystraße 1. — Kostenlose Abholung und Zustellung

Berücksichtigen Sie unsere Interenten.

Küchen

sind am billigsten bei 'Küch' (Hirt, Gschm. Anz.)

D. u. S. Mart. Rad

solche weiße Küche u. Goud, alles wie neu, stauend billig zu verkaufen. Karlsruhe 100, III, bei Hög.

Druck-sachen

liefert in moderner Ausstattung rasch und billig

Badenia in Karlsruhe

A.-G. für Verlag und Druckerei

Das Deutsche Handwerk in Kunst und Dichtung

Von Germ. L. Mayer 400 Seiten Hart mit 126 Abbildungen in Kupfertiefdruck. Gebunden RM. 2.35

ein wertvolles Buch für Jung-handwerker, Gesellen, Meisterlehre und er-graute Meister. Als Prämienbuch vorzüg-lich geeignet.

Badenia in Karlsruhe Akt.-Ges. für Verlag und Druckerei